ETH zürich



KOF Bulletin

Nr. 175, Juli / August 2023

KOF Konjunkturforschungsstelle

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser

Die von der KOF prognostizierte Konkurswelle ist nun tatsächlich eingetreten. Im März 2023 erreichte die Zahl der Firmenkonkurse den höchsten Stand seit 20 Jahren. Drei Faktoren spielen für den Anstieg der Konkurse eine Rolle: erstens die hohen Energiekosten, zweitens das Auslaufen von staatlichen Unterstützungsmassnahmen nach dem Ende der Corona-Krise und drittens die steigenden Zinsen, welche die Finanzierungskosten für Unternehmen erhöhen. Mehr dazu lesen Sie im ersten Beitrag.

Viele Schweizer Unternehmen betrachten den ökologischen Wandel überwiegend als Chance denn als Risiko. Mit einem neuen Fragenblock in ihrer Investitionsumfrage beleuchtet die KOF die wirtschaftlichen Auswirkungen des Klimawandels aus Sicht der Schweizer Wirtschaft. Mehr dazu lesen Sie im zweiten Beitrag.

Schätzungsweise 33 000 Menschen sterben jedes Jahr in der Europäischen Union an den Folgen einer Infektion mit antibiotikaresistenten Keimen. Der dritte Beitrag diskutiert ein dynamisches Finanzierungsmodell, das es für Firmen attraktiver machen würde, neue Antibiotika zu entwickeln.

Der vierte Beitrag befasst sich mit der internationalen Konjunktur. Auch wenn die befürchtete Energiekrise im Winter ausblieb, ist weiterhin Sand im Getriebe der Weltwirtschaft – auch aufgrund der anhaltenden Belastung durch geopolitische Konflikte.

Ich wünsche Ihnen eine gute Lektüre

Thomas Domjahn

PS: Im August legen wir wie jedes Jahr eine Sommerpause ein. Das nächste KOF Bulletin erscheint am 1. September.

KONJUNKTUR UND FORSCHUNG

Deutlicher Anstieg der Firmenkonkurse



Seit Herbst 2022 ist ein deutlicher Anstieg der Firmenkonkurse in der Schweiz zu beobachten. Seit einigen Monaten nehmen auch die Firmenneugründungen stark ab. Der folgende Beitrag untersucht die Entwicklung im Detail und nennt mögliche Gründe für den Anstieg.

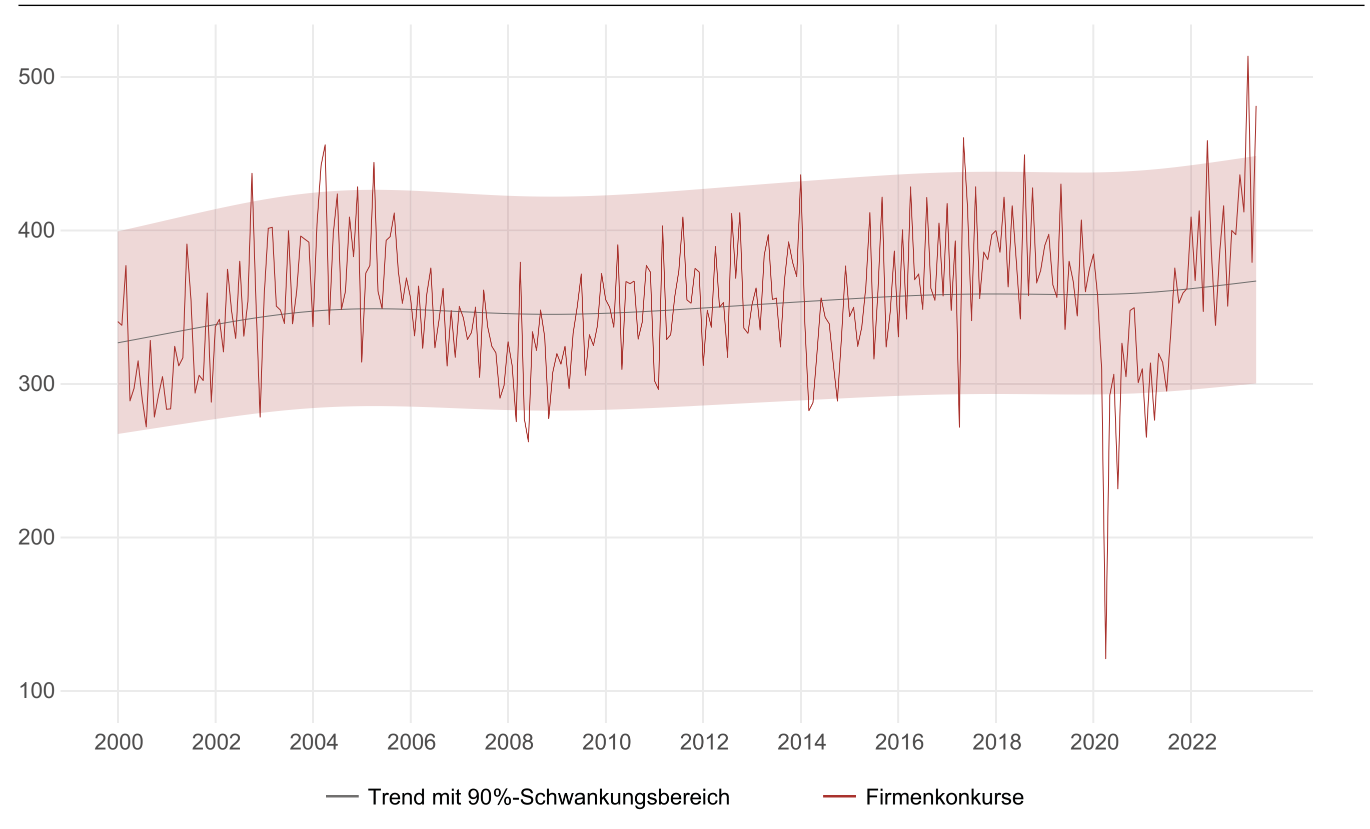
Die KOF untersucht die Entwicklung der Firmenkonkurse auf Basis von Handelsregisterzahlen, die durch Dun & Bradstreet Schweiz AG gesammelt und aufbereitet werden. Die Daten zeigen, dass die monatlichen Konkurszahlen seit Oktober 2022 gestiegen sind und sich weiterhin im Aufwärtstrend befinden. Im Jahr 2022 lagen die Firmenkonkurse (ohne konkursamtliche Liquidationen) durchschnittlich rund 25% über dem Niveau des Jahres 2020 und rund 16% über dem Niveau von 2021 (siehe Grafik G 1). Die Konkurswelle, welche die KOF für das Jahr 2022 prognostiziert hat, ist nun tatsächlich eingetreten. Im März 2023, als mehr als 500 Firmen in der Schweiz Konkurs meldeten, erreichte die Zahl der Firmenkonkurse den höchsten Stand seit 20 Jahren.

Allerdings sind die Konkursraten im Durchschnitt aller 40 Monate seit Beginn der Corona-Krise im Februar 2020 immer noch deutlich niedriger als im 40-Monats-Durchschnitt vor der Corona-Krise (siehe Grafik G 2).

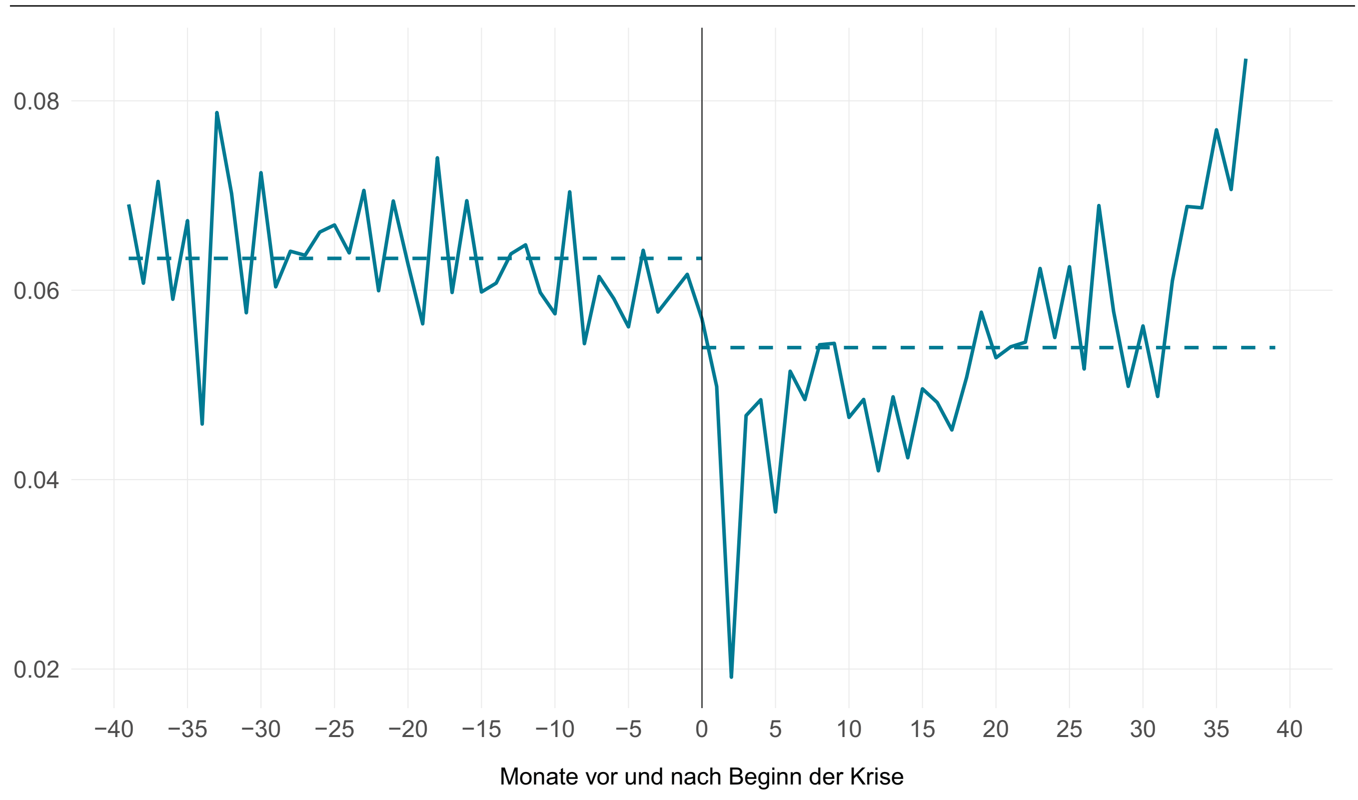
Zinsanstieg setzt Firmen unter Druck

Drei Faktoren spielen für den Anstieg der Konkurse eine Rolle: Erstens lassen die erhöhten Energiekosten und andere Kostenerhöhungen im Zuge des vergangenen Inflationsanstiegs die Betriebskosten der Unternehmen steigen. Sofern ein Unternehmen die erhöhten Kosten nicht auf seine Kunden überwälzen kann, sinken seine Margen und machen die Geschäftstätigkeit unter Umständen unrentabel. Dies führt, sofern keine Reserven vorhanden

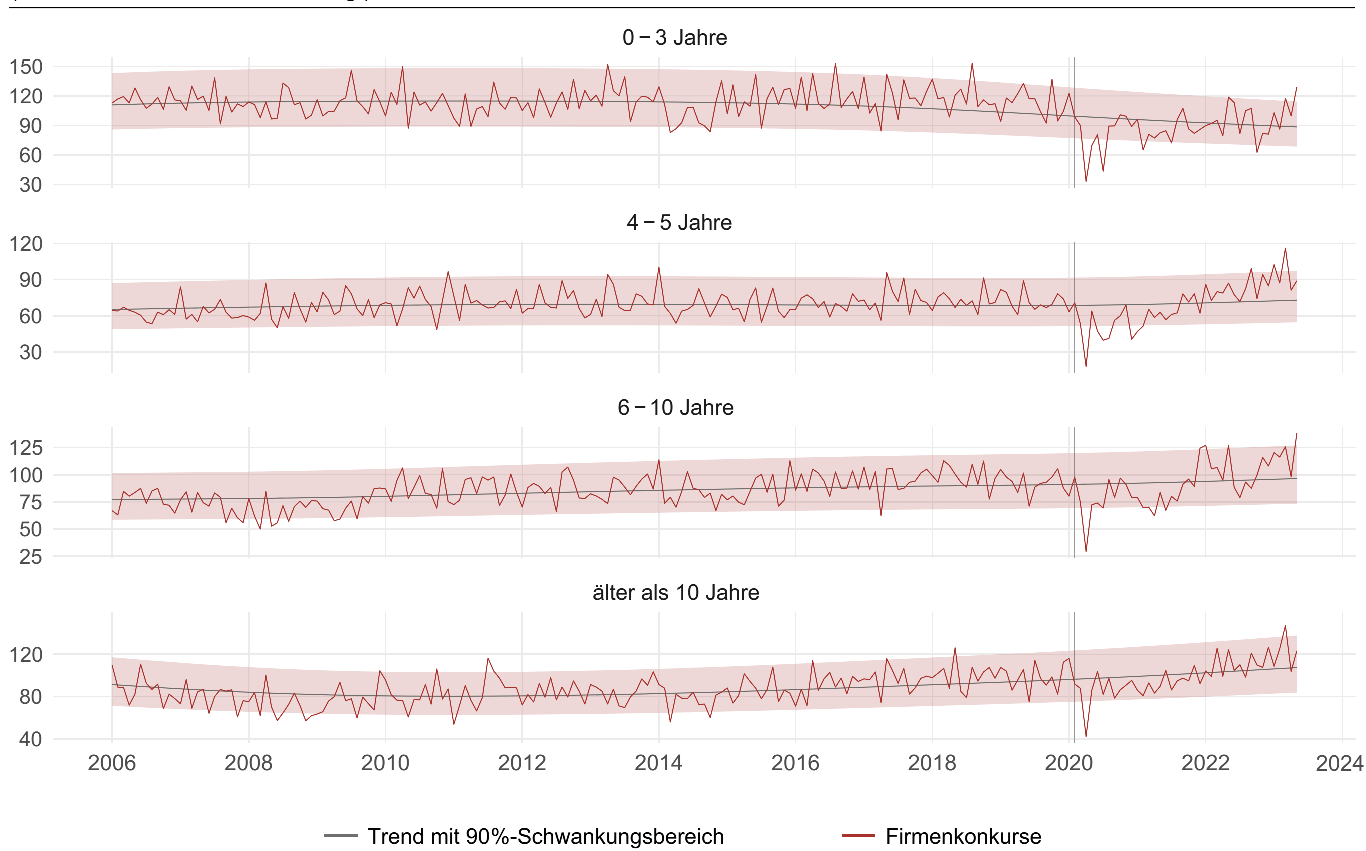
G 1: Firmenkonkurse in der Schweiz
(monatlich, saisonbereinigt, ohne konkursamtliche Liquidationen)



G 2: Konkursrate
(in %, monatlich, saisonbereinigt)



G 3: Firmenkonkurse nach Altersklassen
(Anzahl, monatlich, saisonbereinigt)



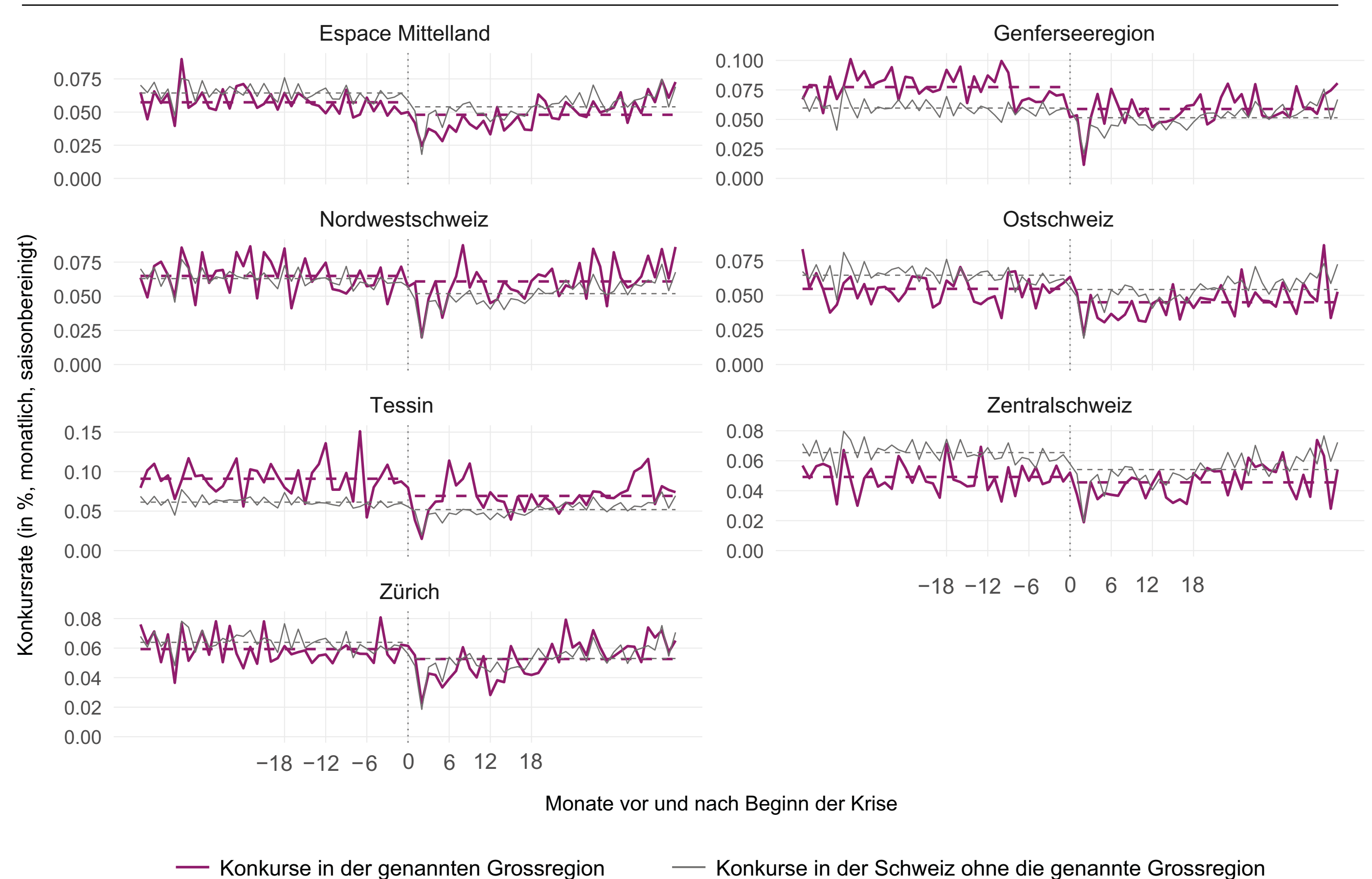
sind, zum Konkurs. Zweitens befindet sich die Schweizer Wirtschaft, wie andere Länder auch, immer noch in einer «Post-Corona-Phase». Durch die staatlichen Kreditprogramme und Unterstützungsmassnahmen wurden die Konkurse während der Corona-Krise deutlich gedämpft.

Diese Effekte laufen nun aus, entsprechend lässt sich der derzeitige Anstieg teilweise als Nachholeffekt interpretieren. Drittens steigen im Zuge des restriktiveren geldpolitischen Kurses der Schweizerischen Nationalbank und anderer Zentralbanken weltweit die Finanzierungskosten für Unternehmen und die Banken sind im derzeitigen Umfeld vorsichtiger mit der Vergabe von Krediten. Per Konsequenz steigt die Wahrscheinlichkeit, dass Firmen – wenn sie bereits verschuldet sind – keine neuen Kredite mehr bekommen und Konkurs anmelden müssen.

Eine Aufteilung der Firmen nach Altersklassen zeigt, dass in den vergangenen sechs Monaten Firmen jeder Altersklasse von der Konkurswelle betroffen waren (siehe Grafik G 3). Insbesondere in den Altersklassen 4–5 Jahre und 6 – 10 Jahre waren die Konkurszahlen in den vergangenen Monaten hoch (relativ zu einem langfristigen Trend zu beobachten). Es trifft also keinesfalls nur junge Firmen, die kurz vor oder während der Corona-Krise gegründet wurden.

Grafik G 4 zeigt die Konkursentwicklung in den verschiedenen Grossregionen der Schweiz. Die gestrichelten Linien geben hierbei die durchschnittlichen Konkursraten vor bzw. nach Beginn der Corona-Krise an. Seit einigen Monaten ist in allen Regionen ein teils starker Anstieg der Konkurse zu beobachten, insbesondere in der Ostschweiz und

G 4: Firmenkonkurse nach Grossregionen

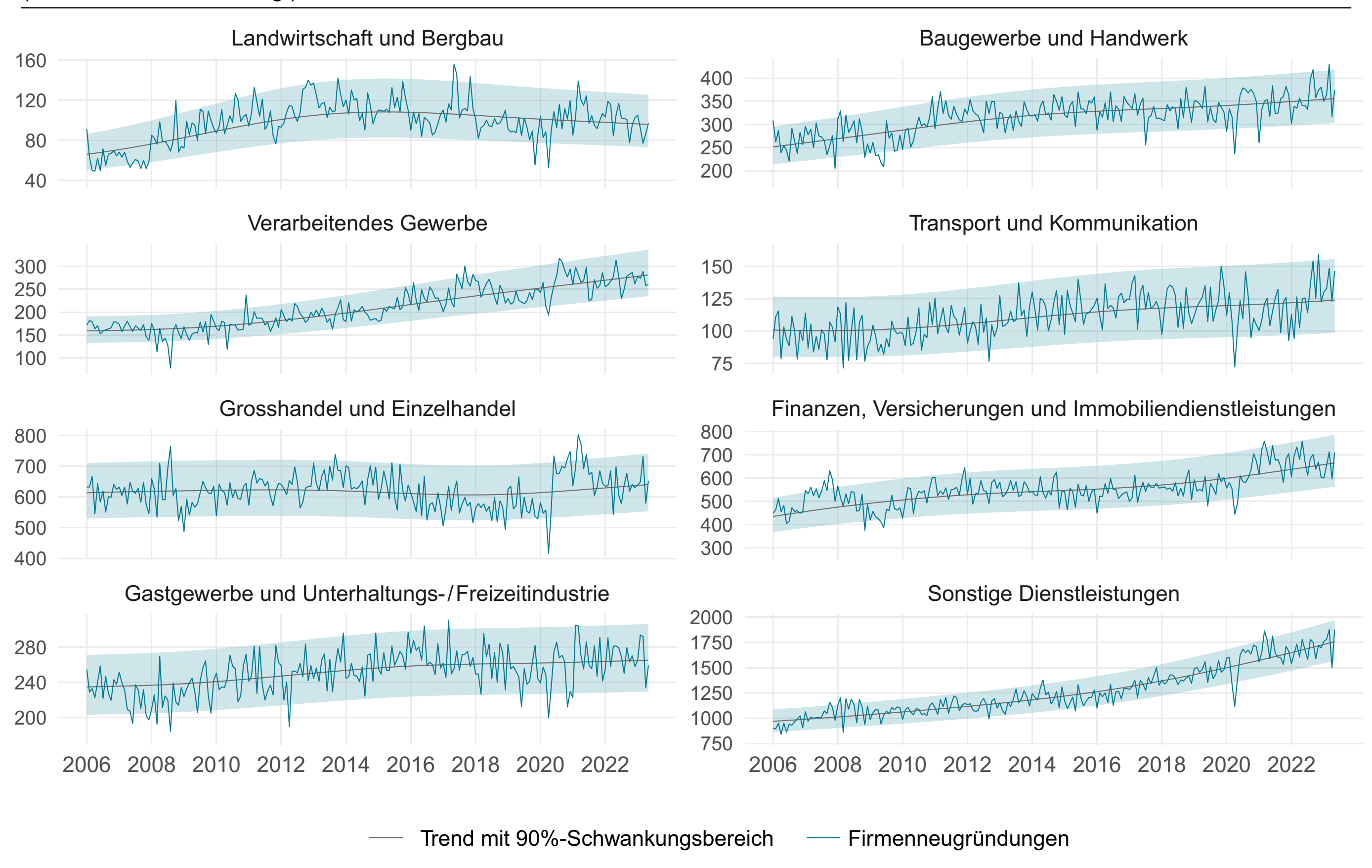


in der Zentralschweiz. Bei Betrachtung der Gesamtentwicklung seit Beginn der Corona-Krise zeigen sich deutliche Unterschiede in der regionalen Betroffenheit: So liegt die durchschnittliche Konkursrate in der Nordwestschweiz im Zeitraum Februar 2020 bis Mai 2023 deutlich über der durchschnittlichen Konkursrate in der Schweiz ohne die jeweilige Grossregion, während sie in der Zeit vor Corona nahe am gesamtschweizerischen Mittel gelegen hatte. Hingegen liegt in der Genferseeregion die durchschnittliche Konkursrate im Zeitraum Februar 2020 bis Mai 2023 nur minimal über dem gesamtschweizerischen Mittel, obwohl sie vor der Corona-Krise deutlich darüber gelegen hatte.

Abnehmende Neugründungen

Die Gründungsdynamik in der Schweiz war von Herbst 2022 bis März 2023 relativ hoch (nachdem die Dynamik zuvor nach den Rekordwerten in der ersten Jahreshälfte 2021 eher schwach war). In den vergangenen beiden Monaten ist nun jedoch eine Abnahme zu beobachten, und zwar über fast alle Sektoren hinweg (siehe Grafik G 5). Gründe für die geringere Neugründungsdynamik dürften die sich verschlechternden Finanzierungsbedingungen und die eingetrübten Geschäftsaussichten in verschiedenen Branchen sein. Nur im Transport- und Kommunikationssektor scheint es in den vergangenen Monaten erstmals seit Pandemiebeginn einen Gründungsschub gegeben zu haben.

G 5: Neugründungen nach Sektoren
(monatlich, saisonbereinigt)



Dies könnte damit zusammenhängen, dass die Nachfrage nach Kulturangeboten und Tourismus nach dem Ende der Pandemie nach wie vor hoch ist.

Konkurse dürften auch im zweiten Halbjahr überdurchschnittlich bleiben

Alle drei oben genannten Faktoren, d.h. hohe Kosten, Nachholeffekte nach der Corona-Krise und ungünstigere Finanzierungsbedingungen, sprechen dafür, dass die Konkursraten auch in der zweiten Jahreshälfte 2023 überdurchschnittlich sein dürften. Auch der zu erwartende harzigere Konjunkturverlauf in diesem Jahr dürfte sich nachteilig auswirken.

Ansprechpartner
Heiner Mikosch | mikosch@kof.ethz.ch
Saisubramaniam Saikrishnan | saikrishnan@kof.ethz.ch

Klimarisiken und Investitionen: Wie Schweizer Unternehmen mit dem Klimawandel umgehen

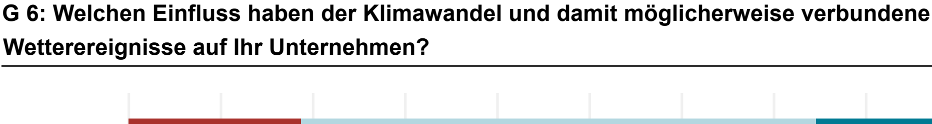
Viele Schweizer Unternehmen sehen ihre Geschäftstätigkeit zwar physischen Klimarisiken ausgesetzt, betrachten den ökologischen Wandel dennoch überwiegend als Chance denn als Risiko. Die Investitionen zur Bekämpfung des Klimawandels beschleunigen sich und im Vergleich mit der EU zählt die Schweiz zu den Vorreitern. Mit einem neuen Fragenblock in ihrer Investitionsumfrage beleuchtet die KOF die wirtschaftlichen Auswirkungen des Klimawandels aus Sicht der Schweizer Unternehmen.

Der Klimawandel stellt die Gesellschaft als Ganzes und die Unternehmen als Teil von ihr vor epochale Herausforderungen. Zum einen konfrontiert der Klimawandel die Unternehmen mit kaum kontrollierbaren Ereignissen, die sich kurz- oder langfristig negativ auf ihre Vermögenswerte und Produktivität auswirken können. So können extreme Wetterereignisse wie Überschwemmungen ganze Produktionsanlagen zerstören oder längerfristig erhöhte Temperaturen die Arbeitsproduktivität verringern. Zum anderen sind Massnahmen zur Eindämmung des Klimawandels mit grossen Unsicherheiten behaftet und der Übergang zu einer postfossilen Wirtschaft erfordert von den Unternehmen ein hohes Mass an Flexibilität und Anpassungsfähigkeit.

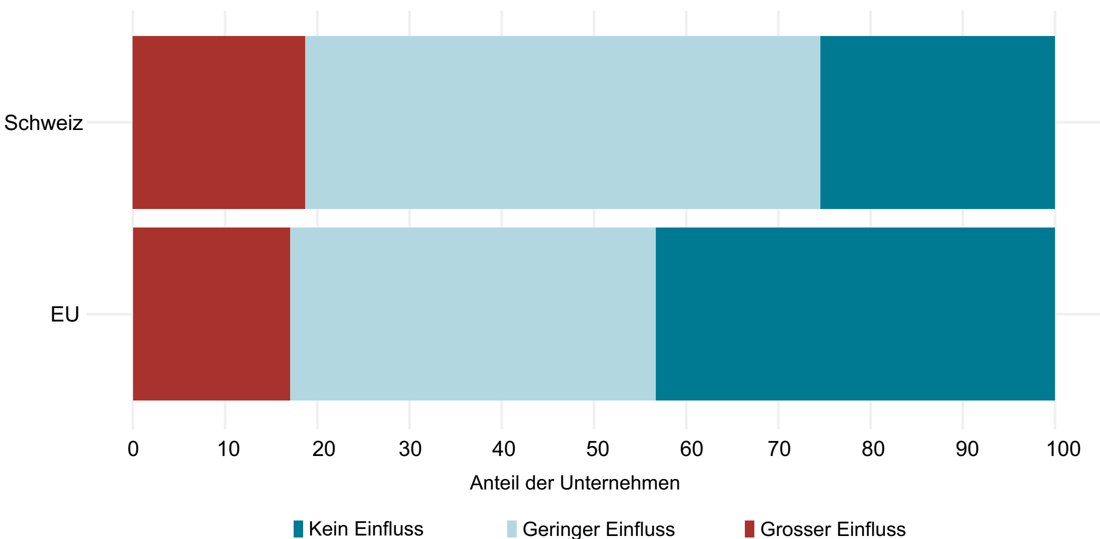
Folglich sind die Unternehmen mit zwei Arten von klimabezogenen Risiken konfrontiert: physische Risiken, die sich direkt aus dem Klimawandel und den Folgen potenziell damit verbundener Wetterereignisse ergeben, und Übergangsrisiken, die sich aus der Reaktion der Gesellschaft auf den Klimawandel und dem Übergang zu einer nachhaltigeren Wirtschaft ergeben.

Neue Fragen zu Klima und Wetterereignissen in der KOF Investitionsumfrage

Um die wirtschaftlichen Auswirkungen des Klimawandels zu erfassen und damit Erkenntnisse für dessen Eindämmung zu gewinnen, ist ein besseres Verständnis dieser Risiken aus unternehmerischer Sicht erforderlich. Zu



G 6: Welchen Einfluss haben der Klimawandel und damit möglicherweise verbundene Wetterereignisse auf Ihr Unternehmen?



diesem Zweck hat die KOF die Frühjahrsausgabe ihrer halbjährlichen Investitionsumfrage um Fragen ergänzt, wie Unternehmen Klimarisiken wahrnehmen und welche Massnahmen sie ergreifen, um diesen Risiken zu begegnen.

Die Fragen orientieren sich an der Investitionsumfrage der EIB-Gruppe[1], die jährlich rund 12 000 Unternehmen aus den 27 EU-Ländern befragt. Seit 2020 enthält sie einen Fragenblock zum Thema Klima. Die Anlehnung an diese Fragen ermöglicht einen Vergleich der für die Schweiz gewonnenen Erkenntnisse mit internationalen Umfrageresultaten. So können im Folgenden die Ergebnisse für die Schweiz mit den aktuellen Resultaten der EIB-Investitionsumfrage verglichen werden, die derzeit aus dem Jahr 2022 stammen.

Physische Klimarisiken für viele Unternehmen eine Realität

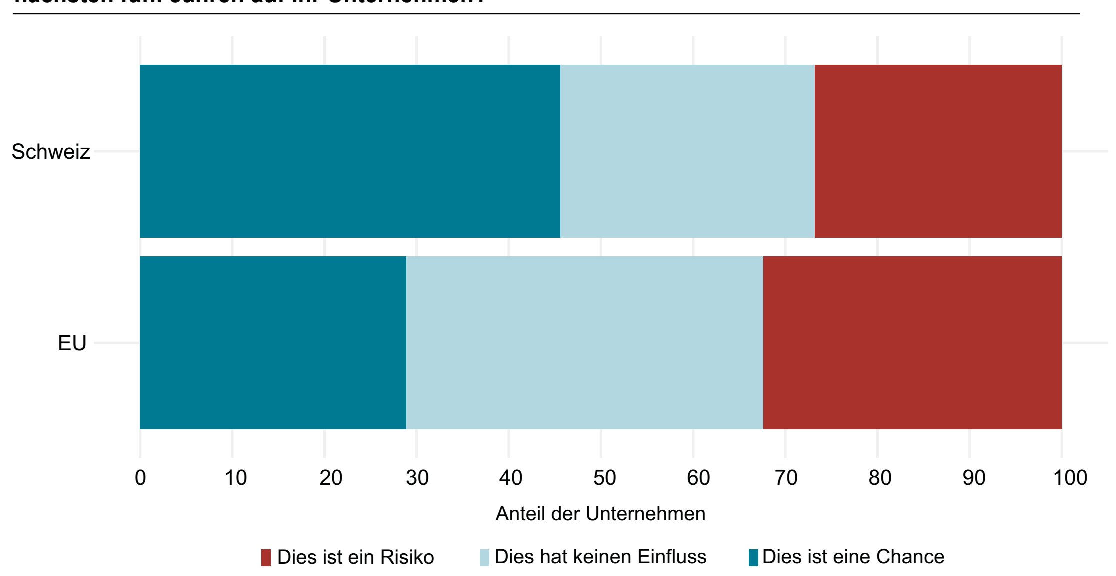
Fast drei Viertel der Schweizer Unternehmen sehen sich physischen Klimarisiken ausgesetzt (siehe Grafik G 6). Im Rahmen der Investitionsumfrage wurden die Unternehmen befragt, welchen Einfluss potenziell mit dem Klimawandel verbundene Wetterereignisse auf ihre Geschäftstätigkeit haben würden. Knapp ein Fünftel der Befragten berichtet von einem grossen und 54% von einem geringen Einfluss.

Während mehr Grossunternehmen ihre Geschäftstätigkeit von physischen Risiken beeinflusst sehen als kleine und mittelgrosse Unternehmen, gibt es kaum Unterschiede in der Wahrnehmung physischer Risiken zwischen den einzelnen Sektoren. Im internationalen Vergleich sehen sich mehr Unternehmen aus der Schweiz physischen Klimarisiken ausgesetzt als Unternehmen aus den EU-Ländern. Insgesamt sehen nur 57% der Unternehmen aus den EU-Mitgliedstaaten ihre Geschäftstätigkeit von physischen Risiken beeinflusst. 17% berichten von einem grossen und zwei Fünftel von einem geringen Einfluss.

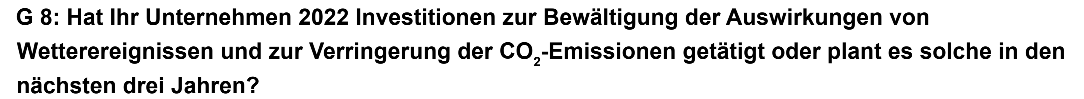
Unternehmen sehen den ökologischen Wandel überwiegend als Chance denn als Risiko

Die Schweizer Unternehmen scheinen sich mehrheitlich der Risiken bewusst zu sein, die mit dem ökologischen Wandel verbunden sind. Auf die Frage, wie sich der Übergang zu strengeren Klimastandards und -vorschriften in den nächsten fünf Jahren auf ihr Unternehmen auswirken wird, sieht fast die Hälfte der Unternehmen dies als Chance und 27% sehen es als Risiko (siehe Grafik G 7). Rund 28% sehen keine Auswirkungen für ihr Unternehmen. Damit rechnen in der Schweiz mehr Unternehmen mit Auswirkungen der ökologischen Transition als in der EU und der Wandel wird hier insgesamt optimistischer bewertet. 39% der Firmen aus den EU-Ländern nehmen keine Übergangsrisiken wahr, 32% bewerten sie als Risiko und 29% als Chance. Vor allem Grossunternehmen und Unternehmen aus dem Baugewerbe beurteilen den ökologischen Wandel als Chance. Dagegen ist der Anteil der Unternehmen, die den ökologischen Wandel als Risiko sehen, in der Industrie mit einem Drittel am höchsten.

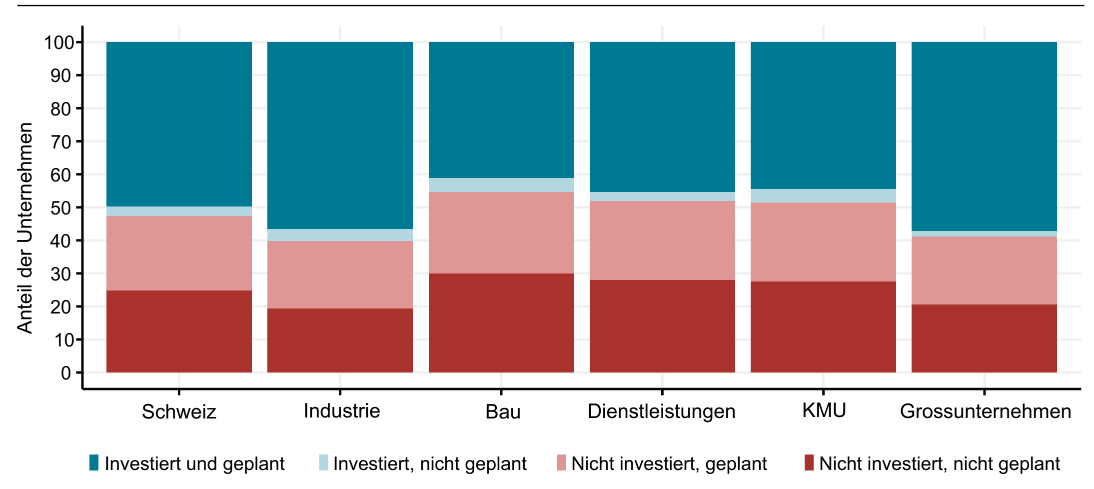

G 7: Welche Wirkung erwarten Sie von einem Übergang zu strengeren Klimavorschriften in den nächsten fünf Jahren auf Ihr Unternehmen?



[1] Die EIB-Gruppe besteht aus der Europäischen Investitionsbank und dem Europäischen Investitionsfonds.



G 8: Hat Ihr Unternehmen 2022 Investitionen zur Bewältigung der Auswirkungen von Wetterereignissen und zur Verringerung der CO_2-Emissionen getätigt oder plant es solche in den nächsten drei Jahren?



Da Übergangsrisiken unterschiedliche Auswirkungen auf verschiedene Geschäftsbereiche haben können, wurden die Unternehmen zusätzlich gebeten, die Auswirkungen anzugeben, die der Übergang zu geringen CO_2-Emissionen in den nächsten fünf Jahren auf ihre Marktnachfrage, ihre Lieferkette und ihre Reputation haben wird. Daraus geht hervor, dass die Unternehmen den ökologischen Wandel eher mit positiven als mit negativen Auswirkungen auf ihre Nachfrage und ihren Ruf in Verbindung bringen. Dies gilt jedoch nicht für die Lieferketten, wo die Unternehmen eher negative Auswirkungen erwarten.

Schweizer Unternehmensinvestitionen zur Bekämpfung des Klimawandels beschleunigen sich

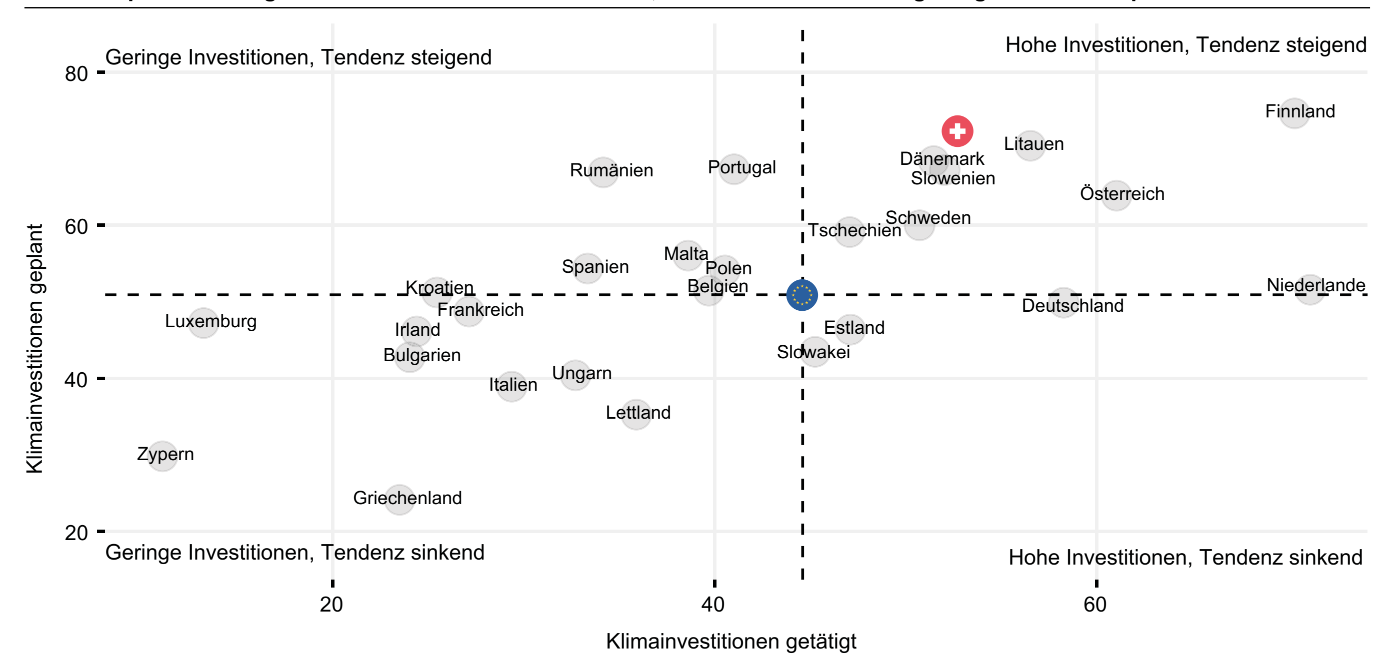
Mehr als die Hälfte der Schweizer Unternehmen hat im vergangenen Jahr Investitionen getätigt, um die Auswirkungen von Wetterereignissen zu bekämpfen und CO_2-Emissionen zu reduzieren (siehe Grafik G 8). Und die Investitionen zur Bekämpfung des Klimawandels dürften in naher Zukunft weiter an Fahrt gewinnen. Denn mit 72% planen fast drei Viertel aller Unternehmen solche Investitionen in den nächsten drei Jahren.

Damit nimmt die Schweiz im Vergleich zu den EU-Ländern eine Vorreiterrolle ein. Mit durchschnittlich 45% haben in der Vergangenheit bereits weniger Unternehmen aus der EU in die Reduktion von CO_2-Emissionen investiert als Schweizer Unternehmen. Und mit 51% planen auch in naher Zukunft weniger Unternehmen aus der EU als aus der Schweiz entsprechende Investitionen. Damit ist die Schweiz am ehesten mit Ländern wie Dänemark, Slowenien oder Litauen vergleichbar, was die Klimainvestitionen ihrer Unternehmen angeht (siehe Grafik G 9).

Ein Vorbehalt bei diesem Vergleich ist, dass die derzeit verfügbaren Daten aus der EIB-Umfrage aus dem Jahr 2022 stammen und sich somit auf minimal andere Zeiträume beziehen als die Daten der KOF Investitionsumfrage[2] (siehe Anhang «Daten und Methodik» für weitere Details).

[2] Die Daten der KOF Investitionsumfrage stammen vom Frühling 2023; die in der Vergangenheit getätigten Investitionen von Unternehmen in der Schweiz beziehen sich auf das Jahr 2022, die in naher Zukunft geplanten Investitionen auf die nächsten drei Jahre (2024–2026). Die Daten der Investitionsumfrage der EIB-Gruppe stammen aus dem Jahr 2022; die in der Vergangenheit getätigten Investitionen von Unternehmen aus den EU-Mitgliedstaaten beziehen sich auf das Jahr 2021, die in naher Zukunft geplanten Investitionen auf die nächsten drei Jahre (2023–2025).

G 9: Europäischer Vergleich des Anteils der Unternehmen, die Klimainvestitionen getätigt haben oder planen



In der Schweiz werden Klimainvestitionen in erster Linie von Grossunternehmen mit mehr als 250 Vollzeitstellen getätigt. 59% von ihnen haben im vergangenen Jahr entsprechend investiert und 78% planen weitere Investitionen in den nächsten drei Jahren. Im Gegensatz dazu haben nur 49% der KMU Klimainvestitionen getätigt und zwei Drittel von ihnen planen, dies auch in naher Zukunft zu tun. Branchenübergreifend investieren 60% der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes in die Verringerung ihrer CO_2-Emissionen. Im Baugewerbe und bei den Dienstleistern liegt der entsprechende Anteil bei weniger als der Hälfte.

Ansprechpartner

Pascal Seiler | seiler@kof.ethz.ch

Anhang: Daten und Methodik

KOF Investitionsumfrage

Die Investitionsumfrage der KOF Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich dient der zeitnahen Erfassung der Investitionstätigkeit von Schweizer Unternehmen. Sie wird seit 1967 durchgeführt und enthält Fragen zu Investitionsplänen und -zielen, zu Investitionszwecken und Einflussfaktoren auf Investitionen.

Die Teilnehmer sind private Schweizer Unternehmen mit mehr als zwei Beschäftigten in Vollzeitäquivalenten, die alle Wirtschaftszweige der Schweiz, mit Ausnahme der Landwirtschaft, abdecken. Das Teilnehmerpanel ist eine geschichtete Zufallsstichprobe, die sicherstellt, dass es sich um eine repräsentative Stichprobe der Schweizer Wirtschaft für jede Unternehmensgrössenklasse (gemessen an der Anzahl Beschäftigten) auf Branchenebene (NACE-Ebene «Abteilung») handelt.

11

Die Umfrage wird halbjährlich jeweils im Frühling und im Herbst durchgeführt. Es steht den Unternehmen frei, die Investitionsumfrage in Deutsch, Französisch, Italienisch oder Englisch und den Fragebogen entweder auf Papier oder direkt im Internet auszufüllen.

Die Umfrage im Frühling 2023 wurde vom 21. Februar bis 15. Mai 2023 durchgeführt. Insgesamt wurden 5858 Unternehmen angeschrieben, von denen 2488 Unternehmen geantwortet haben. Die entsprechende Rücklaufquote beträgt 43%.

Investitionsumfrage der EIB-Gruppe
Die Investitionsumfrage der EIB-Gruppe dient der Erfassung der Investitionstätigkeit und -finanzierung europäischer Unternehmen. Seit 2020 enthält sie einen Fragenblock zum Thema Klima.

Die Teilnehmer stammen aus der Datenbank ORBIS des Bureau van Dijk. Die Stichprobe umfasst nicht finanzielle Unternehmen (NACE-Ebene «Abschnitte» C bis J) mit mindestens fünf Beschäftigten aus den 27 EU-Mitgliedstaaten. Seit 2019 wird die Umfrage auch in den Vereinigten Staaten durchgeführt. Das Teilnehmerpanel ist eine geschichtete Zufallsstichprobe und repräsentativ auf den Ebenen EU, Länder, Sektoren und Unternehmensgrössenklassen.

Die Umfrage wird seit 2016 jährlich per Telefon durchgeführt. Zusätzliche Module werden teilweise über das Internet realisiert. Die Umfrage aus dem Jahr 2022 wurde im Zeitraum von April bis Juli 2022 durchgeführt. Befragt wurden rund 12 000 Unternehmen aus Europa und 800 Unternehmen aus den Vereinigten Staaten.

Vergleichbarkeit der KOF- und EIB-Daten
Die Daten der KOF Investitionsumfrage wurden im Frühling 2023 erhoben. Die Daten der Investitionsumfrage der EIB-Gruppe stammen aus dem Jahr 2022 und sind öffentlich verfügbar (https://data.eib.org/eibis/).



Die Fragen sind vom Wortlaut her in beiden Umfragen vergleichbar. Die Referenzzeitpunkte und Bezugszeiträume der Fragen sind insofern identisch, als dass sich die Realisationen auf das vergangene Jahr und die Erwartungen auf die nächsten drei bzw. fünf Jahre beziehen.

Die Stichproben der beiden Erhebungen unterscheiden sich im Wesentlichen in der sektoralen Abdeckung (die KOF befragt Unternehmen aus den NACE-«Abschnitten» C bis S, die EIB-Gruppe aus den NACE-«Abschnitten» C bis J), in der Einbeziehung kleiner Unternehmen (die EIB-Gruppe befragt Unternehmen mit mehr als fünf Beschäftigten, die KOF auch Mikro-Unternehmen mit zwei bis fünf Beschäftigten) und in der Granularität der Schichtung (die KOF schichtet ihre Stichprobe pro drei Unternehmensgrössenklassen und 75 NACE-«Abteilungen», die EIB-Gruppe schichtet ihre Stichprobe für jedes Land pro vier Unternehmensgrössenklassen und vier Sektoren).

Die EIB-Gruppe gewichtet ihre Erhebungsergebnisse mit Daten zur Wertschöpfung zu Faktorkosten (Bruttoeinkommen aus betrieblicher Tätigkeit nach Bereinigung um betriebliche Subventionen und indirekte Steuern) als Grundgesamtheit. Innerhalb einer Grössenklasse-Sektor-Schicht erhält jedes Unternehmen das gleiche Gewicht. Die Ergebnisse der KOF Investitionsumfrage sind nach Beschäftigung gewichtet.

Neue Anreize für die Erforschung und Entwicklung von Antibiotika

Schätzungsweise 33 000 Menschen sterben jedes Jahr in der Europäischen Union an den Folgen einer Infektion mit antibiotikaresistenten Keimen. Weltweit wird die Anzahl der mit antimikrobiellen Resistenzen in Verbindung gebrachten Todesfälle pro Jahr auf mehr als 5 Millionen geschätzt. Neue Antibiotika sollten dringend entwickelt werden. Doch für Unternehmen ist dies oft nicht rentabel. Dieser Artikel diskutiert ein dynamisches Finanzierungsmodell, das es für Firmen attraktiver machen würde, neue Antibiotika zu entwickeln.

Antimikrobielle Resistenzen (AMR) stellen Gesundheitssysteme auf der ganzen Welt vor immer grössere Probleme. Allein in der EU sind antibiotikaresistente Bakterien gemäss Schätzung einer **ECDC-Studie** aus dem Jahr 2018 jedes Jahr für etwa 33 000 Todesfälle verantwortlich. Die damit verbundenen Gesundheitskosten und Produktivitätsausfälle betragen jährlich mindestens 1.5 Milliarden Euro. Eine im letzten Jahr veröffentlichte **Studie** des internationalen Forscherteams «Antimicrobial Resistance Collaborators» zeigte, dass Antibiotikaresistenzen im Jahr 2019 direkt für mehr als 1 Million Todesfälle verantwortlich waren und mit fast 5 Millionen Todesfällen weltweit in Verbindung gebracht werden. Die globale AMR-Krise ist damit so einschneidend wie HIV oder Malaria und potenziell gravierender.

Hohe Entwicklungskosten und die Gefahr von Resistenzen führen in ein Dilemma

Trotz der enormen Auswirkungen von AMR trägt diese globale Gesundheitskrise den Beinamen «Schattenpandemie». Im Vergleich zu COVID-19 und anderen Infektionskrankheiten vollziehen sich die Ausbreitung von Resistenzen und deren Effekte auf Gesundheitssysteme auf einer langsameren Zeitskala. Eine der grössten Herausforderungen in der AMR-Krise ist ein dysfunktionaler Forschungs- und Entwicklungsmarkt (F&E-Markt) für Antibiotika, so dass nicht genügend neue Antibiotika gegen resistente Bakterienstämme entwickelt werden. Wie bei allen pharmazeutischen Produkten ist die Entwicklung von Antibiotika sehr kostenintensiv, doch sollten neue Antibiotika häufig nur begrenzt eingesetzt werden, um die Entstehung neuer Resistenzen zu verlangsamen. Dieses Dilemma führt dazu, dass es unter den bestehenden Marktbedingungen nicht rentabel ist, Antibiotika herzustellen. Verschiedene Massnahmen wurden bereits gegen dieses Problem unternommen. In diesem Beitrag stellen wir weitere Schritte vor, die helfen sollen, die Aktivität im F&E-Markt für Antibiotika deutlich zu erhöhen.

Anreizsysteme für den Antibiotikamarkt

Seit über drei Jahrzehnten erreichen keine neuen, bedeutenden Antibiotikaklassen die Marktzulassung. Auch wird eine stetige Zunahme von Resistenzen gegen sogenannte «Reserveantibiotika» beobachtet. Diese wurden für den gezielten Einsatz gegen ursprünglich seltene, multiresistente Keime entwickelt.

Für Pharmaunternehmen gibt es wenige Chancen und viele Risiken bei der Investition in die Forschung und Entwicklung von Antibiotika. Die Kosten in der pharmazeutischen Forschung und Entwicklung können sich auf deutlich mehr als 1 Milliarde US-Dollar pro Medikament belaufen und nur mit einer geringen Chance schaffen es die potenziellen Medikamente schliesslich auf den Markt. Im Gegensatz zu anderen Arzneimitteln sollten neue Antibiotika zudem nach der Marktzulassung so wenig wie möglich verwendet werden, um die Entwicklung von Resistenzen zu verlangsamen.

Um dieses Marktproblem zu lösen, können verschiedene Push- und Pull-Anreize eingesetzt werden. Push-Anreize beinhalten zum Beispiel finanzielle Unterstützungen für Biotech-Start-ups, die Antibiotika erforschen und entwickeln. Diese Unterstützungsleistungen sind essenziell für viele kleine Firmen, die in diesem Bereich aktiv sind. Zusätzlich bieten sich Pull-Anreize auf dem Weg zur Marktzulassung an. Eine Möglichkeit sind Prämienzahlungen nach erfolgreicher Marktzulassung. In seiner Rolle als derzeitiger G-7-Vorsitz arbeitet Japan zusammen mit internationalen Partnern an einem Vorschlag für ein globales Pull-Anreizsystem. Auch in den USA wird seit einigen Jahren der PASTEUR Act als Mechanismus für gezielte Pull-Anreize im Milliardenbereich diskutiert. Ähnliche Motionen, die in der Schweiz in den Jahren 2019 und 2020 eingebracht wurden, hat der Bundesrat abgelehnt, mit dem Hinweis auf die enormen Kosten, welche eine internationale Zusammenarbeit und Finanzierung notwendig machen würden.

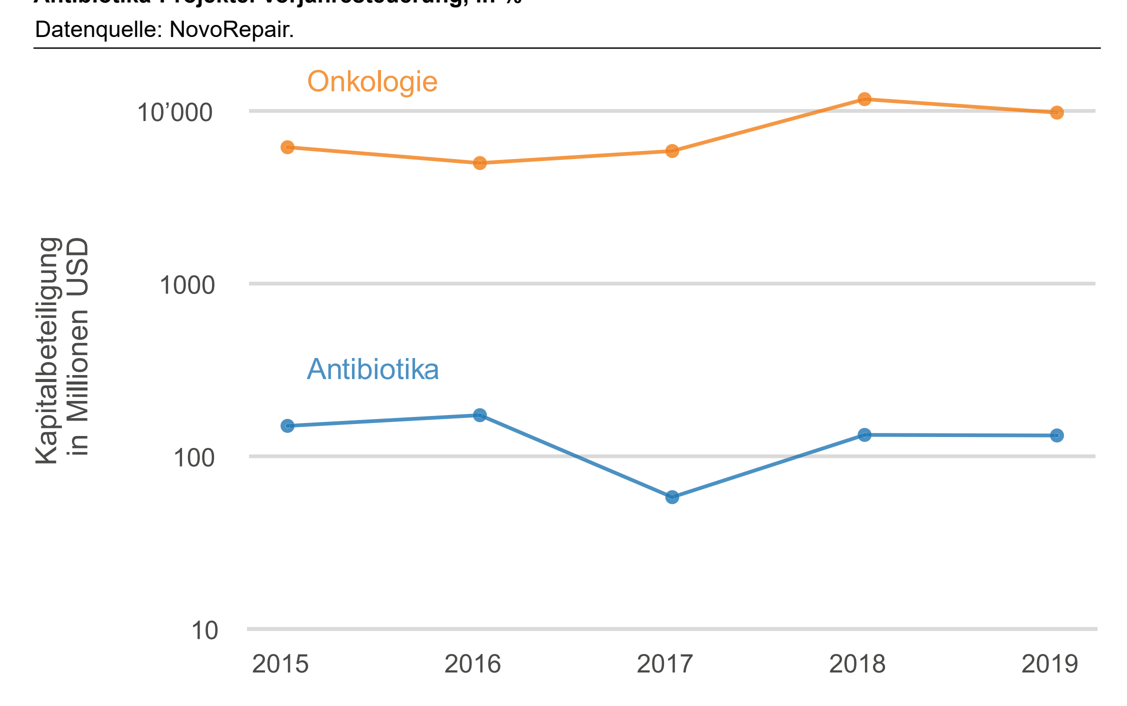
Neben der Implementierung von Push- und Pull-Anreizen muss sichergestellt werden, dass Antibiotika gezielt und nicht missbräuchlich eingesetzt werden. Der übermässige Gebrauch von Antibiotika in der Medizin, und vor allem in der Landwirtschaft, ist ein Haupttreiber der AMR-Krise. Aus diesem Grund testet der britische National Health Service (NHS) im Vereinigten Königreich seit etwas mehr als zwei Jahren ein abonnementbasiertes Zahlungsmodell, das auch «Netflix»-Modell genannt wird. Anstatt für die Menge der verkauften Antibiotika zu zahlen, vergütet der NHS Pharmaunternehmen die Entwicklungskosten nach Marktzulassung mit einer Einmalzahlung. Dabei wird der erwartete Nutzen eines neuen Antibiotikums für die Patienten und das Gesundheitssystem als Ganzes vergütet.

Abonnementzahlungen entkoppeln die Gewinne von Pharmaunternehmen von ihren Verkaufszahlen. Sie haben das Potenzial, die Forschung und Entwicklung von Antibiotika anzukurbeln, selbst wenn die Verkäufe neuer Antibiotika gering bleiben sollten, weil solche Medikamente hauptsächlich als Reserve gegen resistente Bakterien verwendet werden.

Ein dynamisches Finanzierungsmodell
In einem von Hans Gersbach (KOF) und Lucas Böttcher (Frankfurt School of Finance & Management) entwickelten Anreizsystem schlagen die beiden Forscher ein Finanzierungsmodell vor, das im Gegensatz zu Abonnements nicht auf öffentliche Mittel angewiesen ist. Dabei handelt es sich um ein dynamisches Anreizsystem, das gleichzeitig drei Probleme angeht: (1) Verringerung des übermässigen Antibiotikagebrauchs, (2) Stimulierung von Forschung und Entwicklung sowie (3) Unterstützung des gezielten Einsatzes von Antibiotika gegen resistente Bakterien.

Die Basis des Anreizmodells bildet ein Fonds, etabliert durch Länder in einem «Antibiotikaklub», wie zum Beispiel der «AMR Action Fund». Finanziert würde dieser Fonds durch Gebühren, die auf jede ausserhalb der Humanmedizin verwendete Antibiotikaeinheit erhoben werden. In der Sprache der Ökonomie handelt es sich um eine «Pigou-Steuer». Dieses Geld würde verwendet, um Pharma- und Biotech-Unternehmen ihre Forschungs- und Entwicklungs-Ausgaben teilweise zu erstatten, wenn sie ein neues Antibiotikum auf den Markt bringen.

G 10: Globale Kapitalbeteiligungen in Forschungs- und Entwicklungsprojekte in den Bereichen Onkologie und Antibiotika. Investitionen in Onkologie-Projekte sind bis zu 100-mal höher als in Antibiotika-Projekte. Vorjahresteuerung, in %
Datenquelle: NovoRepair.



Rückerstattungen bestehen aus einem fixen und einem flexiblen Teil. Der fixe Teil wäre eine allgemeine Prämie für die Markteinführung. Der flexible Teil würde höher ausfallen, wenn ein Antibiotikum gegen durch resistente Bakterien hervorgerufene Bakterien eingesetzt werden kann. Er würde geringer ausfallen, wenn ein neues Antibiotikum eingesetzt wird, aber die Infektion auch mit bereits existierenden Antibiotika behandelt werden könnte.

Anreize für «Schmalspektrum-Antibiotika»

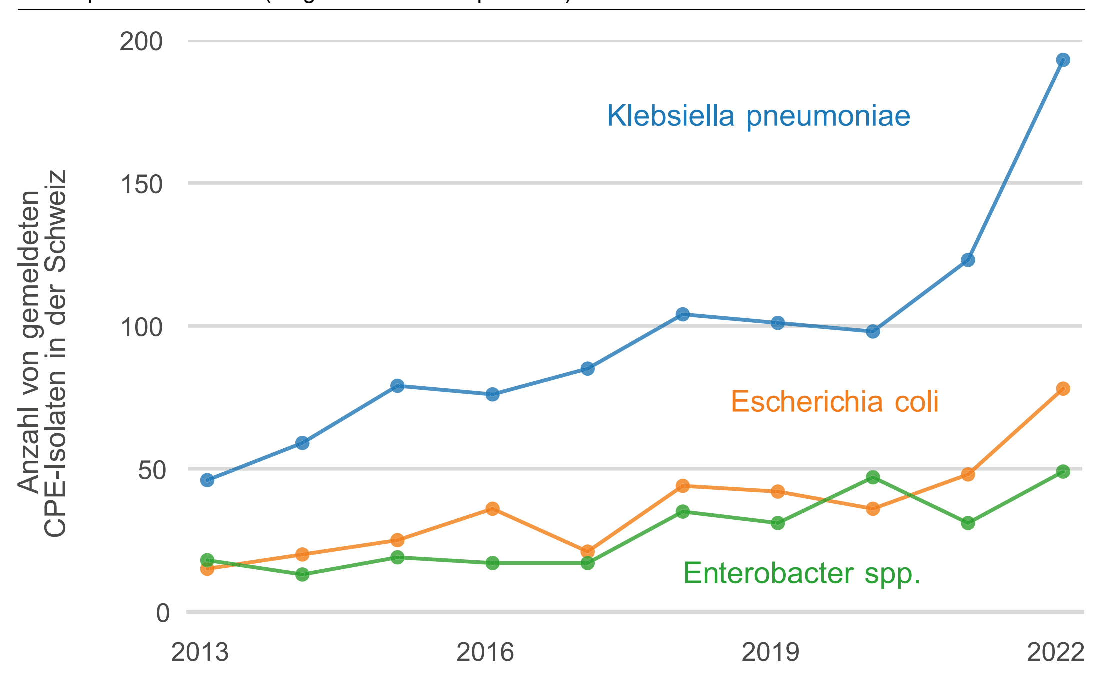
Neben der Unterstützung der Forschung und Entwicklung von Antibiotika könnte dieses Modell insbesondere dazu dienen, Anreize für sogenannte «Schmalspektrum-Antibiotika» zu schaffen. Das sind Antibiotika mit relativ kleinen potenziellen Märkten, aber hoher Wirksamkeit gegen bestimmte bisher resistente Bakterienstämme.

Die Regulierungsbehörden müssten die Auszahlungsbeträge und andere Parameter des Erstattungssystems festlegen, um die Forschung und Entwicklung zu stimulieren und gleichzeitig zu vermeiden, dass Pharmaunternehmen übermässige Gewinne erzielen. Die Überwachung der Anwendung bei nicht resistenten Stämmen würde die Speicherung von Verschreibungs- und anonymisierten diagnostischen Testdaten erfordern. Verschiedene AMR-Monitoring-Systeme existieren bereits auf nationaler und internationaler Ebene und könnten entsprechend erweitert werden.

Wir nennen unseren Vorschlag ein «Rückerstattungssystem». Die Kosten der Antibiotika-verwendung für die Allgemeinheit, wie die Entwicklung resistenter Bakterien, werden durch Abgaben von den Verursachern getragen. Die Einnahmen werden an die Forschungs- und Entwicklungsinitiativen zurückgeführt, die darauf abzielen, diese negativen Auswirkungen zu beseitigen. Im Gegensatz zum Abonnementmodell des NHS finanzieren sich Rückerstattungssysteme selbst. Sie bringen Unternehmen auch dazu, ihre Forschung und Entwicklung von Anfang an auf resistente Bakterien zu konzentrieren.

G 11: Entwicklung von drei Carbapenemase-produzierenden Enterobakterien (CPE) über die letzte Dekade in der Schweiz. Neben ihrer Resistenz gegen die Reserverantibiotika-Klasse der Carbapeneme weisen CPE oft auch andere Resistenzen auf.


Datenquelle: anresis.ch (aufgerufen am 29. April 2023).



Solche Rückerstattungsansätze werden bereits in der Umweltpolitik eingesetzt, um Unternehmen zu ermutigen, Schadstoffe zu reduzieren. Schweden besteuert Stickoxidemissionen seit 1992 mit einer Erstattung, die so gestaltet ist, dass die saubersten Energieerzeuger einen Nettogewinn erzielen. In der Schweiz gibt es eine Steuer auf Kohlendioxidemissionen, die an eine partielle Rückerstattung gekoppelt ist.

In einigen kritischen Bereichen kann es sinnvoll sein, Forschungs- und Entwicklungsprojekte in Bereiche zu lenken, die langfristig für die Gesellschaft zentral sind. Eine erfolgreiche Anwendung würde deshalb eine breitere Anwendung von solchen Systemen erlauben, um die Forschung und Entwicklung für Behandlungen von anderen Krankheiten zu fördern.

Schlussfolgerungen
Damit die Entwicklung neuer Antibiotika für Unternehmen finanzierbar wird, braucht es ökonomische Anreize und eine enge internationale Zusammenarbeit. Zudem ist es wichtig, das Verursacherprinzip auf die Antibiotikakrise zu übertragen. Konkret heisst das, dass Antibiotikanutzer eine Gebühr entsprechend ihres Verbrauchs zahlen, wenn die Nutzung ausserhalb der Humanmedizin stattfindet. Diese Gebühr wird für Marktanreize eingesetzt und fördert die zielgerichtete Anwendung von Antibiotika. So stehen mehr Mittel zur Erforschung neuer Antibiotika zur Verfügung und es entwickeln sich weniger Resistenzen. Selbstverständlich braucht die Etablierung eines Rückerstattungssystems in einem Antibiotikaklub mehrerer Länder eine intergouvernementale Organisation, ein geeignetes Regelwerk und Kontrolle, was im heutigen geopolitischen Umfeld nicht einfach zu etablieren ist. Es könnte sich deshalb anbieten, dass der Antibiotikaklub mit einigen wirtschaftsstarken Ländern der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) startet. Selbst mit einem solchen Klub stellen sich einige Herausforderungen, die noch weitere Forschung erfordern. Nicht zuletzt müsste die ethische Frage geklärt werden, wie andere Länder Zugriff zu den neuen Antibiotika erhalten.

Neben dem Anreizproblem im F&E-Markt müssen auch andere Probleme auf nationaler und internationaler Ebene angegangen werden: die Verringerung des Missbrauchs und des übermässigen Gebrauchs von Antibiotika, die Entwicklung von Schnelldiagnostik, von Impfstoffen und alternativen Behandlungen und die zunehmende Implementierung von Protokollen zur Infektionsprävention in Einrichtungen wie Spitälern. Diese Massnahmen sind komplementär zu den Anreizschemata für den F&E-Markt. Es ist zu erwarten, dass beide Massnahmenpakete benötigt werden, um die Schattenpandemie erfolgreich zu bekämpfen.



Literaturhinweis:
Böttcher, L., H. Gersbach, & D. Wernli (2022): Restoring the antibiotic R&D market to combat the resistance crisis. Science and Public Policy, 49(1), 127-131. Böttcher, L. & H. Gersbach (2022): A refunding scheme to incentivize narrow-spectrum antibiotic development. Bulletin of Mathematical Biology, 84(6), 59.

Eine kurze Version dieses Beitrags ist bereits als NZZ-Gastkommentar erschienen:
https://www.nzz.ch/meinung/neue-anreize-fuer-die-erforschung-und-entwicklung-neuer-antibiotika-ld.1740378

Ansprechpartner
Hans Gersbach | hgersbach@ethz.ch

Globaler Konjunkturausblick bleibt weiterhin schwach

Die befürchtete Energiekrise ist zwar ausgeblieben, aber anhaltend hohe Inflationsraten, steigende Zinsen und geopolitische Konflikte belasten die Weltwirtschaft.

Die globale Produktion hat wie erwartet zu Jahresbeginn gegenüber dem Schlussquartal 2022 wieder etwas an Fahrt aufgenommen. Massgeblich dazu beigetragen hat die Abkehr der chinesischen Regierung von der Null-COVID-Politik, die die Wirtschaft in China zuletzt deutlich belebte. Dabei verzeichnete sowohl die Industrie als auch der Dienstleistungssektor eine spürbare Erholung und wurde durch ein Aufleben des privaten Konsums unterstützt.

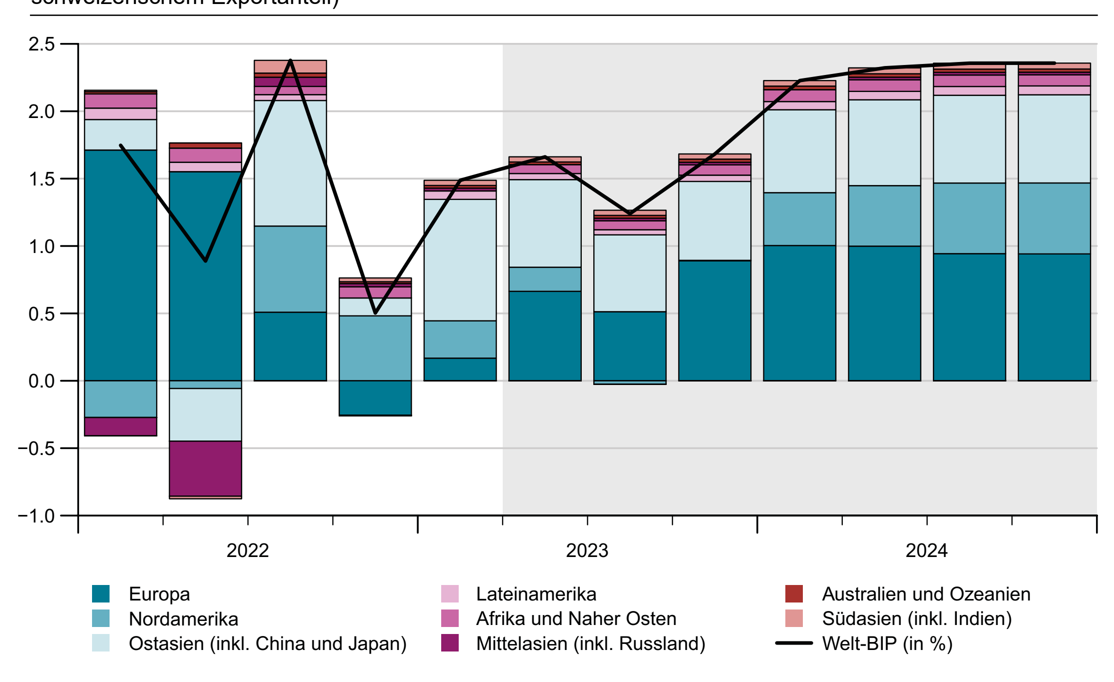
Auch trugen in verschiedenen Ländern Europas und in den Vereinigten Staaten höhere Exporte und ein stärker als erwarteter Anstieg des privaten Konsums, der von einem Rückgang in den Energiepreisen getragen wurde, zu einer positiven konjunkturellen Entwicklung bei. Insgesamt verlief die wirtschaftliche Entwicklung in Europa jedoch eher schwach. Insbesondere in Deutschland, wo die Wirtschaft im ersten Quartal 2023 durch einen starken Rückgang des Staatskonsums und einen schwachen privaten Konsum nach einem zweiten negativen Quartal in Folge in eine technische Rezession gerutscht ist. Dies ist unter anderem auf den Wegfall staatlich finanzierter Massnahmen im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Corona-Pandemie, wie beispielsweise Impfungen und Tests, sowie auf hohe Preise für Lebensmittel, Dienstleistungen und Energie zurückzuführen.

Die globale Konjunkturdynamik dürfte in der zweiten Jahreshälfte schwach ausfallen (siehe Grafik G 12). Die zwar rückläufigen, aber immer noch hohen Inflationsraten und die erschwerten finanziellen Rahmenbedingungen dürften zu einer Dämpfung des privaten Konsums, des internationalen Handels und der Investitionstätigkeit führen.

Entspannung bei den Energiepreisen führt zu weiterem Rückgang der Inflation

Die Produzentenpreise für verschiedene Länder sind in den vergangenen Monaten weiter gefallen bzw. haben stagniert (vergleiche Grafik G 13). Diese Entwicklung wurde massgeblich durch den Rückgang der Energiepreise seit

G 12: Regionale Beiträge zum Zuwachs des Welt-BIP
(Veränderung gegenüber Vorquartal, annualisiert, in Prozentpunkten, gewichtet mit schweizerischem Exportanteil)



Jahresanfang aufgrund der milden Temperaturen im vergangenen Winter und den Energiesparmassnahmen von Haushalten und Unternehmen beeinflusst. Darüber hinaus hat sich die Aufhebung coronabedingter Restriktionen in China positiv auf die Lieferengpassproblematik ausgewirkt und zu einer Entspannung bei den Preisen für Rohstoffe und Vorprodukte geführt.

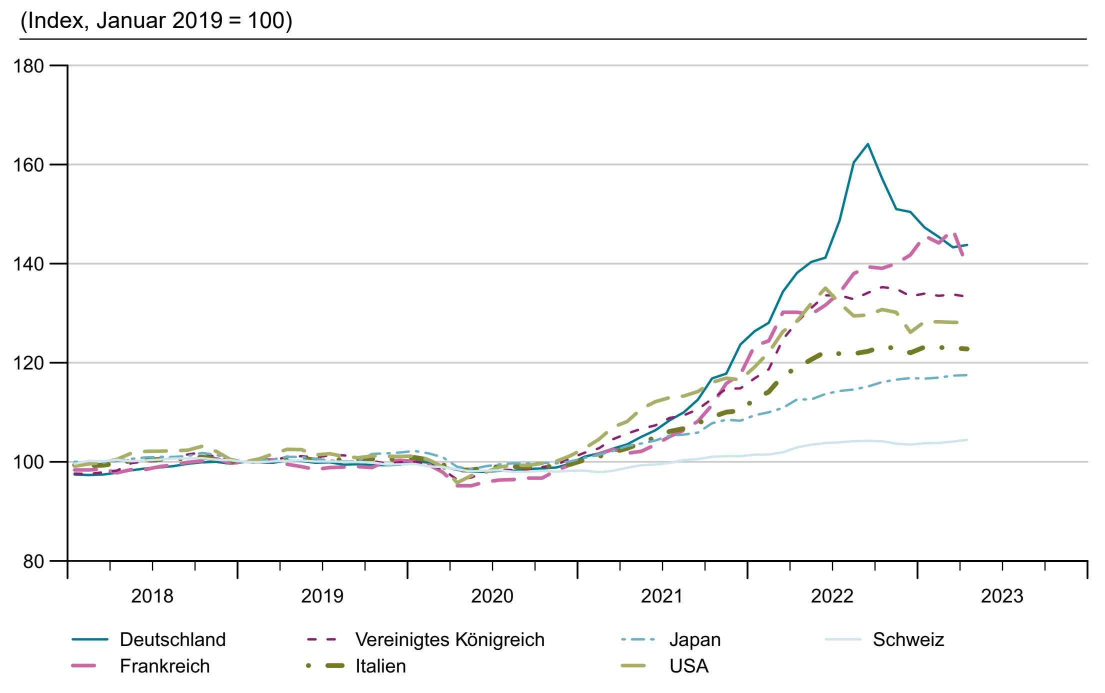
Infolgedessen liess auch die Konsumentenpreisinflation im Euroraum deutlich von 7% im April auf 6.1% im Mai nach. Dies ist die niedrigste Rate seit dem Ausbruch des Ukraine-Krieges. Auch die Kerninflation erfuhr im aktuellen Quartal einen leichten Rückgang von 5.7% im März auf 5.3% im Mai, liegt damit aber weiterhin deutlich über dem Notenbankziel für Preisstabilität. Die Entwicklung sinkender Inflationsraten ist nicht nur auf den Euroraum beschränkt, sondern betrifft ebenfalls die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich mit einer Konsumentenpreisinflation im April von 5% bzw. 8.7%.

Geldpolitischer Straffungskurs dürfte sich weiter verlangsamen

Angesichts der nach wie vor hohen und nur langsam abklingenden Inflationsraten haben die US-Notenbank Fed, die Europäische Zentralbank (EZB) und die Bank of England ihren geldpolitischen Straffungskurs in den vergangenen Monaten fortgesetzt. Die Fed hat seit März das Zielband der Federal Funds Rate in zwei Zinsschritten um jeweils 25 Basispunkte auf aktuell 5 bis 5.25% angehoben. Es zeichnet sich jedoch eine Verlangsamung weiterer restriktiver geldpolitischer Massnahmen ab. Erstmals nach einer Serie von zehn Zinsanhebungen in Folge hat das Federal Open Market Committee (FOMC) in seiner Sitzung vom 14. Juni entschieden, das Leitzinsniveau nicht weiter zu erhöhen. Dies ermöglicht den FOMC-Mitgliedern eine genauere Bewertung der Auswirkungen des bisherigen geldpolitischen Straffungskurses. Damit könnte vorerst der Leitzinshöhepunkt erreicht sein, obwohl weitere Zinsanhebungen in der zweiten Jahreshälfte 2023 im Statement zum letzten Zinsentscheid nicht gänzlich ausgeschlossen werden und in Abhängigkeit zur makroökonomischen Entwicklung stehen.

Aufgrund der zuletzt erhöhten Unsicherheiten an den Finanzmärkten und des Rückgangs in den Verbraucherpreisen im Bereich Dienstleistungen ohne Mieten, Nahrungsmittel und Energie, welche jüngst von der Fed als präferiertes Inflationsmass genutzt wurde, erwartet die KOF in den kommenden Monaten keine weiteren Leitzinserhöhungen in den USA. Aufgrund der aktuell noch weit über den Notenbankzielen liegenden Inflationsrate geht die KOF im weiteren Verlauf des Jahres nicht von einer Leitzinssenkung aus.

G 13: Produzentenpreise im Verarbeitenden Gewerbe für ausgewählte Länder
(Index, Januar 2019 = 100)



Die EZB hat ebenfalls seit März die Leitzinsen in drei Schritten in Höhe von jeweils 25 Basispunkten weiter erhöht. Damit liegt der Hauptrefinanzierungssatz aktuell bei 4% und hat ein Niveau wie zuletzt vor Beginn der Finanzkrise im Jahr 2007 erreicht. Auch die Bank of England hat ihren Leitzinssatz zuletzt in mehreren Schritten auf aktuell 5% angehoben. Trotz der zurückliegenden Verwerfungen an den Finanzmärkten erwartet die KOF für die folgenden Monate weitere Leitzinserhöhungen von Seiten der EZB und der Bank of England. Dies liegt unter anderem daran, dass die Unsicherheiten im Bankensektor zuletzt wieder abgenommen haben und die Zentralbanken weiterhin fürchten, dass sich hohe Inflationserwartungen verfestigen.

Inflation dürfte sich hartnäckig halten

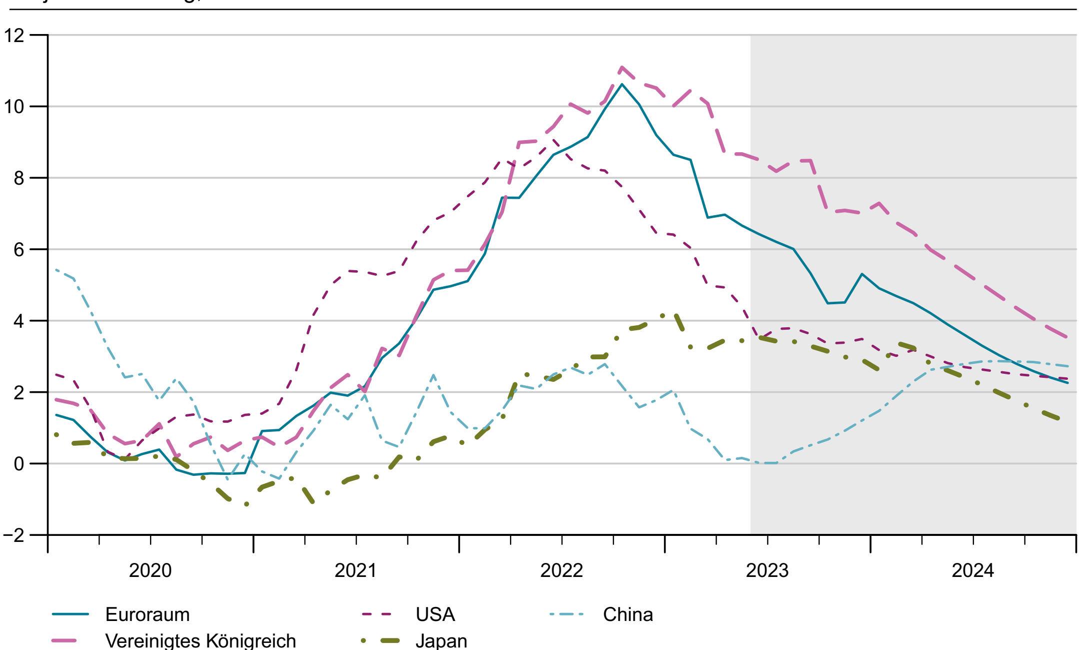
In Hinblick auf die gefallenen Energiekosten und das Auslaufen von Basiseffekten vergangener Preissteigerungen dürfte die Inflation in den kommenden Monaten in vielen Ländern weiter an Dynamik verlieren (siehe Grafik G 14). Jedoch könnte das Ausmass des Inflationsrückgangs geringer ausfallen als von den Zentralbanken erhofft. Grund hierfür sind der weiter angespannte Arbeitsmarkt, der Fachkräftemangel und starke Lohnsteigerungen in manchen Ländern, die den Druck auf die Kerninflation hochhalten.

Darüber hinaus bleibt die Preisdynamik im Dienstleistungssektor aufgrund der hohen Nachfrage im Zuge der postpandemischen Erholung weiterhin erhöht. Dementsprechend dürfte die Inflation in vielen Ländern nur langsam nachlassen und im Prognosezeitraum noch über den Zielwerten der Zentralbanken liegen. Die KOF prognostiziert für den Euroraum eine Jahresinflation von 6.3% für 2023 sowie von 3.5% für 2024. Für die Vereinigten Staaten werden Jahresinflationsraten von 4.3% für 2023 und von 2.7% für 2024 erwartet.

Die positive Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktion zu Jahresanfang wird wohl im aktuellen Quartal anhalten, bevor sie in der zweiten Jahreshälfte deutlich nachlassen dürfte. Der starke Anstieg des Konsums in den Vereinigten Staaten im ersten Quartal dürfte nur von vorübergehender Natur sein und im Laufe des Jahres abflauen, da dieser hauptsächlich durch Einmaleffekte wie Steuererleichterungen und eine Erhöhung der Sozialhilfeleistungen zu Jahresbeginn zustande kam. Zudem haben sich zuletzt wichtige Frühindikatoren für sämtliche Länder merklich eingetrübt (vgl. Grafik G 15).

G 14: Konsumentenpreise in der Welt

Vorjahresteuerung, in %



Neben dem Industrie- und Bausektor, die bereits in den vergangenen Quartalen bzw. Monaten eine schwache Investitionsdynamik aufgrund erschwerter Finanzierungsbedingungen verzeichneten, hat sich die Stimmung auch im Detailhandel und im Dienstleistungsbereich verschlechtert. Insbesondere im Dienstleistungsbereich kann die hohe Nachfrage aufgrund des weiterhin bestehenden Arbeitskräftemangels nicht vollends bedient werden, was zu höheren Lohnforderungen und steigenden Preisen führen dürfte.

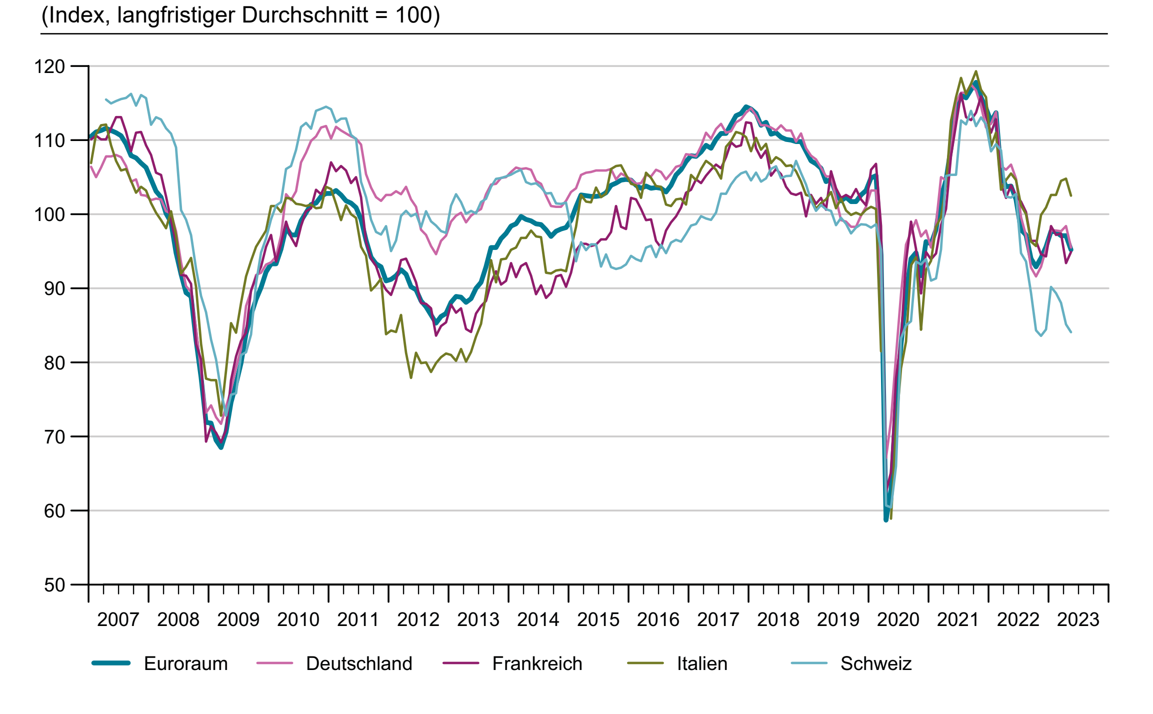
Die anhaltenden hohen Inflationsraten bei Lebensmitteln und Dienstleistungen schränken die Kaufkraft der Verbraucher ein, dürften zu einem stärkeren Sparverhalten führen und somit den Konsum dämpfen. Zudem dürfte die restriktive Geldpolitik die Kreditbedingungen für Haushalte und Unternehmen weiter belasten und zu verringerten Investitionstätigkeiten führen.

Positive Gegenimpulse sollten hingegen nach der Abkehr der chinesischen Regierung von der Null-COVID-Politik von Nachholeffekten kommen, die die wirtschaftliche Aktivität in China im Jahr 2023 anregen dürften. Aufgrund von Unsicherheiten über die wirtschaftliche Entwicklung und die hartnäckige Krise im Immobiliensektor, die den Konsum belasten dürfte, wird erwartet, dass die Nachholeffekte in China im Vergleich zu anderen Ländern geringer ausfallen werden. Für das mit Schweizer Exporten gewichtete Welt-Bruttoinlandprodukt (BIP) prognostiziert die KOF eine Wachstumsrate von 1.4% in diesem Jahr und 2% für 2024.

Risiken sind weiterhin vielfältig

Die Prognose der KOF unterliegt der Annahme, dass der Ölpreis und die Preise weiterer Energieträger über den Prognosehorizont leicht ansteigen (1.5% pro Jahr). Die Aufwärts- und Abwärtsrisiken der Prognose sind aufgrund der Unsicherheiten bezüglich der Energiepreisentwicklung und des weiteren Verlaufs des Krieges in der Ukraine weiterhin vielfältig. Zu den Abwärtsrisiken gehören Zweitrundeneffekte durch höhere als die erwarteten Lohnforderungen, die persistentere Inflationsraten als bisher angenommen implizieren würden. Damit würden sich die Notenbanken zu einer restriktiveren Geldpolitik gezwungen sehen, was die Gefahr eines Konjunkturabschwungs bedeutend steigern würde.

G 15: Euroraum und Schweiz: Economic Sentiment Index
(Index, langfristiger Durchschnitt = 100)





Aufwärtsrisiken bestehen darin, dass sich der Konsum durch einen stärkeren Abbau der Ersparnisse positiver als erwartet entwickelt und damit die Konjunktur kurzfristig anfeuert. Zudem ist es möglich, dass die Inflationsraten früher in den Bereich der Notenbankziele zurückgehen. Damit könnte die Geldpolitik zu einem früheren Zeitpunkt wieder einen weniger restriktiven Kurs einlenken und damit Investitionstätigkeiten weniger stark dämpfen. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, dass sich bestehende geopolitische Konflikte unerwartet deutlich entschärfen, was die Konsumenten- und Unternehmensstimmung verbessern würde.

Darüber hinaus könnte ein höher als erwarteter negativer Effekt des geldpolitischen Straffungskurses die Finanzierungsbedingungen für Konsumenten und Unternehmen stärker belasten und weitere Verwerfungen im Finanzmarktsektor nach sich ziehen. Ausserdem besteht die Möglichkeit einer weiteren Eskalation geopolitischer Spannungen im Zuge des Krieges in der Ukraine. Zudem könnte durch die wieder anziehende Konjunktur in China die weltweite Nachfrage nach Erdgas erneut steigen. Damit besteht das Risiko, dass im kommenden Winter Erdgas in Europa nur zu hohen Kosten verfügbar sein wird, was negative Folgen für die Konjunktur hätte.

Zuletzt ist auch unklar, wie stark sich die kumulierten Ersparnisse insbesondere in den Vereinigten Staaten abbauen werden. Stark ungleich verteilte Ersparnisse in der Bevölkerung könnten dazu führen, dass tiefere Einkommensklassen bereits früher als in der Basisprognose der KOF erwartet ihre Ersparnisse aufgebraucht haben. Als Folge könnte eine frühere und stärkere Rezession in den Vereinigten Staaten auch verstärkt die Wirtschaft in Europa mit sich ziehen.

Die gesamte Konjunkturprognose der KOF finden Sie hier:
https://ethz.ch/content/dam/ethz/special-interest/dual/kof-dam/documents/Medienmitteilungen/Prognosen/2023/2023_2_Sommer_gesamtbericht_KA.pdf

Ansprechpartner
Maurizio Daniele | daniele@kof.ethz.ch
Philipp Kronenberg | kronenberg@kof.ethz.ch
Heiner Mikosch | mikosch@kof.ethz.ch

KOF INDIKATOREN

KOF Geschäftslageindikator steigt minim

Der KOF Geschäftslageindikator für die Schweizer Privatwirtschaft steigt im Juni geringfügig und kann damit einen dritten Rückgang in Folge vermeiden (siehe Grafik G 16). Die sehr leichte Aufhellung ist aber noch kein Anzeichen dafür, dass die Schweizer Wirtschaft einen deutlichen Impuls bekommen hätte. Die Geschäftserwartungen bezüglich der Entwicklung in der nahen Zukunft untermauern dies, sie ändern sich im Vergleich zum Vormonat kaum und sind insgesamt durchschnittlich.

Im Juni gibt der Geschäftslageindikator im Verarbeitenden Gewerbe erneut nach. Dies ist der fünfte Rückgang in Folge. Obwohl sich der Bestellungseingang seltener verlangsamt, sinkt derzeit der Auftragsbestand. Die Unternehmen wollen daher in der nächsten Zeit die Produktion seltener steigern und bestellen auch zurückhaltender Vorprodukte als bislang. Im Detailhandel liegt der Geschäftslageindikator ebenfalls minimal tiefer als im Vormonat. Der Warenabsatz schwächelt nach wie vor, die Detailhändler rechnen aber mit einer eher günstigeren Umsatzentwicklung in der nächsten Zeit.

In den übrigen befragten Wirtschaftsbereichen verbessert sich die Geschäftslage jeweils. Etwa bei den Finanz- und Versicherungsdienstleistern. Noch ausgeprägter ist die Besserung der Geschäftslage in den baunahen Bereichen Projektierung und Baugewerbe, die damit ihre Schwäche aus dem Vormonat überwinden können. Obwohl die Firmen im Baugewerbe ihre Preise kaum noch angehoben haben, können sie die Ertragslage verbessern (siehe Tabelle T 1).

G 16: KOF Geschäftslageindikator
(Saldo saisonbereinigt)



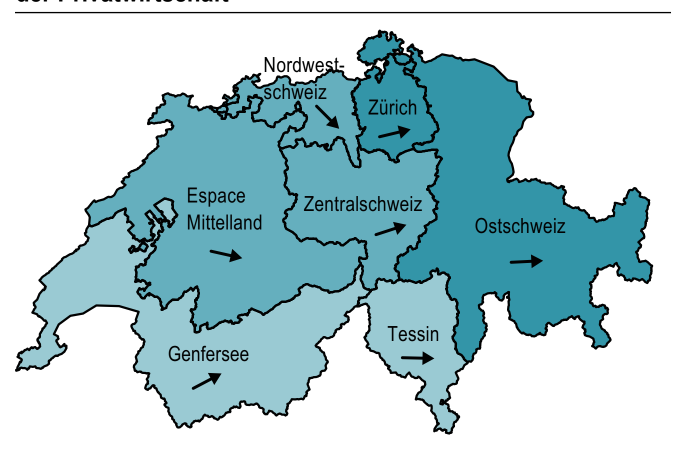
T 1: KOF Geschäftslage Schweiz (Salden, saisonbereinigt)

	Jun 22	Jul 22	Aug 22	Sep 21	Okt 21	Nov 22	Dez 22	Jan 23	Feb 23	Mär 23	Apr 23	Mai 23	Jun 23
Privatwirtschaft (gesamt)	32.4	29.9	28.5	29.3	20.7	19.6	20.5	28.6	26.3	26.4	23.8	21.5	21.8
Verarbeitendes Gewerbe	35.1	29.9	22.3	21.3	16.2	11.6	13.8	23.6	13.6	9.2	7.8	1.6	0.7
Bau	41.3	42.0	41.0	42.9	43.8	43.7	47.2	48.9	47.7	50.3	47.0	41.5	46.8
Projektierung	52.3	50.5	54.5	58.4	51.6	48.1	52.7	54.5	54.7	55.4	54.7	50.2	55.0
Detailhandel	19.4	6.4	12.7	14.5	12.6	10.4	13.2	16.0	13.3	15.4	11.8	7.9	7.2
Grosshandel	-	50.0	-	-	40.2	-	-	52.1	-	-	40.5	-	-
Finanzdienste	33.5	28.5	28.6	35.1	22.1	23.3	23.2	33.4	34.6	41.4	43.4	40.8	42.1
Gastgewerbe	-	32.1	-	-	18.2	-	-	30.7	-	-	31.0	-	-
Übrige Dienstleistungen	-	23.5	-	-	12.3	-	-	19.4	-	-	17.4	-	-

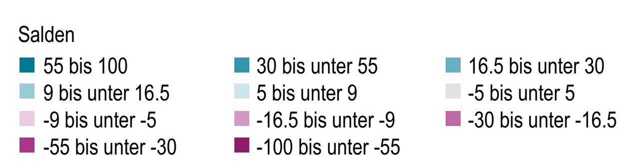
Antworten auf die Frage: Wir beurteilen unsere Geschäftslage als gut/befriedigend/schlecht. Der Saldowert ist der Prozentanteil «gut»-Antworten minus dem Prozentanteil «schlecht»-Antworten.

Regional betrachtet, ist das Bild sehr uneinheitlich und spiegelt damit den Eindruck wider, dass die Konjunkturentwicklung derzeit keine klare Richtung hat. Günstiger als im Vormonat ist die Geschäftslage in der Genferseeregion, der Zentralschweiz und in der Region Zürich. Nahezu unverändert ist sie in der Ostschweiz und im Tessin. Dagegen trübt sie sich im Espace Mittelland und in der Nordwestschweiz ein.

G 17: KOF Geschäftslage der Unternehmen der Privatwirtschaft



Die Winkel der Pfeile spiegeln die Veränderung der Geschäftslage im Vergleich zum Vormonat wider



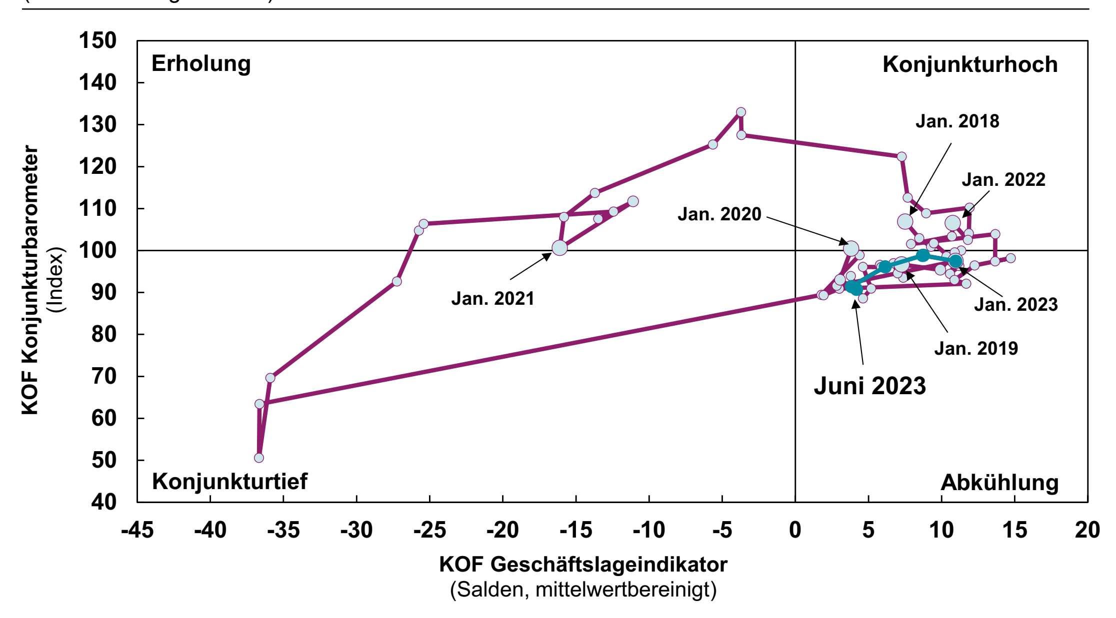
Die KOF Geschäftslage verdeutlicht die augenblickliche konjunkturelle Situation der Unternehmen. Das KOF Konjunkturbarometer ist dagegen ein Indikator für die Konjunkturperspektiven. Die Konjunkturuhr zeigt, dass das Jahr 2022 in den ersten Monaten eine Fortsetzung der Pandemieerholung brachte. Ab Sommer kühlte sich die Konjunktur jedoch spürbar ab. Zu Jahresbeginn 2023 stabilisiert sich die Konjunktur vorübergehend, während sie nun in der Abkühlungsphase ist.

Erläuterung:
Grafik G 16 zeigt die KOF Geschäftslage über alle in die Befragung einbezogenen Wirtschaftsbereiche. Für Wirtschaftsbereiche, die nur vierteljährlich befragt werden, wird die Geschäftslage in den Zwischenmonaten konstant gehalten.

Grafik G 17 stellt die Geschäftslage in den Grossregionen gemäss Bundesamt für Statistik dar. Die Regionen sind je nach Geschäftslage unterschiedlich eingefärbt. Die Pfeile innerhalb der Regionen deuten die Veränderung der Lage im Vergleich zum Vormonat an. Ein aufwärts gerichteter Pfeil bedeutet etwa, dass sich die Lage im Vergleich zum Vormonat verbessert hat.

In der KOF Konjunkturuhr (Grafik G 18) wird der Geschäftslageindikator gegen das KOF Konjunkturbarometer abgetragen. Der Lageindikator spiegelt die derzeitige konjunkturelle Situation wider, während das Barometer ein Frühindikator für die Veränderung der Aktivität ist. Die Uhr

G 18: KOF Konjunkturuhr: Zusammenhang zwischen der KOF Geschäftslage und dem KOF Konjunkturbarometer
(Saisonbereinigte Werte)



lässt sich in Quadranten einteilen: Während der Erholungsphase ist die Geschäftslage unterdurchschnittlich, aber die Wachstumsperspektiven sind überdurchschnittlich. Im Konjunkturhoch sind die Lage und die Perspektiven überdurchschnittlich. Während der Abkühlungsphase ist die Lage über dem Durchschnitt und die Perspektiven darunter. Im Konjunkturtief sind Lage und Perspektiven unterdurchschnittlich. Idealtypisch durchläuft der Graph die Quadranten im Uhrzeigersinn.

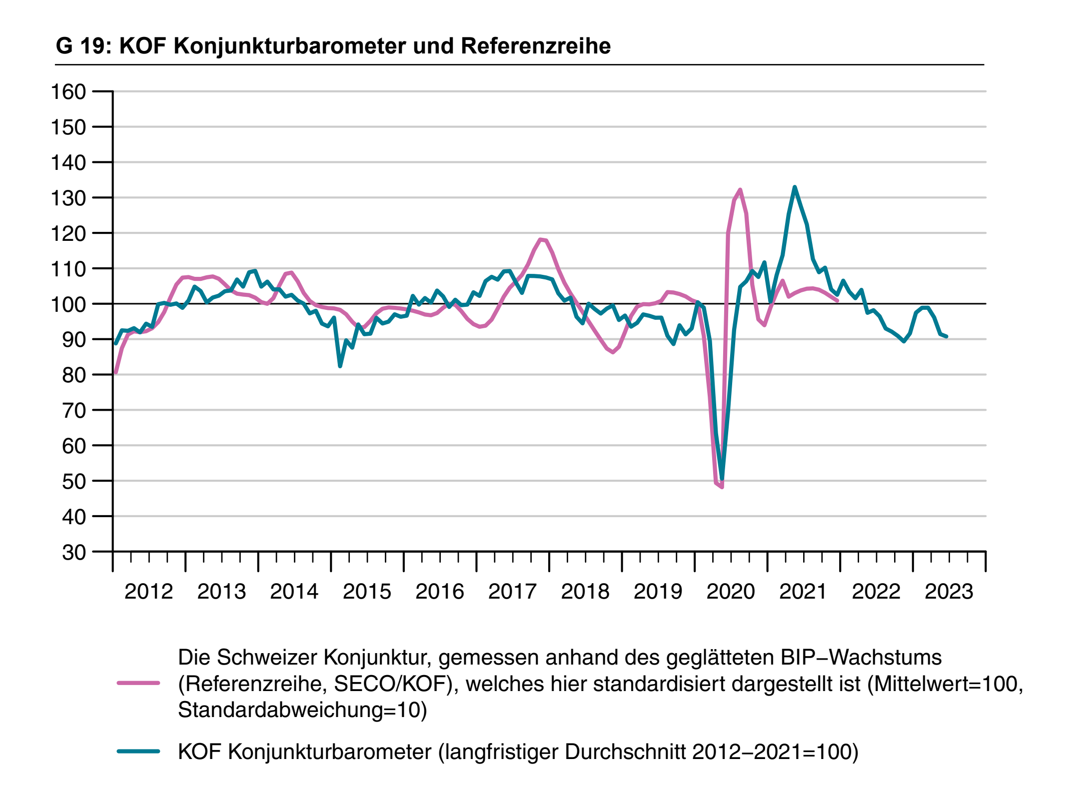
Die KOF Geschäftslage basiert auf mehr als 4500 Meldungen von Betrieben in der Schweiz. Monatlich werden Unternehmen in den Wirtschaftsbereichen Industrie, Detailhandel, Baugewerbe, Projektierung sowie Finanz- und Versicherungsdienstleistungen befragt. Unternehmen im Gastgewerbe, im Grosshandel und in den übrigen Dienstleistungen werden vierteljährlich, jeweils im ersten Monat eines Quartals, befragt. Die Unternehmen werden unter anderem gebeten, ihre gegenwärtige Geschäftslage zu beurteilen. Sie können ihre Lage mit «gut», «befriedigend» oder «schlecht» kennzeichnen. Der Saldowert der gegenwärtigen Geschäftslage ist die Differenz der Prozentanteile der Antworten «gut» und «schlecht».

Ansprechpartner
Klaus Abberger | abberger@kof.ethz.ch

Mehr Informationen zu den KOF Konjunkturumfragen finden Sie auf unserer Website:
https://kof.ethz.ch/umfragen.html/

KOF Konjunkturbarometer: Aussichten weiterhin getrübt

Im Juni liegt das KOF Konjunkturbarometer bei 90.8 Punkten (siehe Grafik G 19). Die Aussichten für die Schweizer Konjunktur verbleiben für die kommende Jahreshälfte somit auf unterdurchschnittlichem Niveau.



Das Konjunkturbarometer steht im Juni bei 90.8 Punkten und damit 0.6 Punkte niedriger als im Mai (revidiert von 90.2 auf 91.4 Punkte). Damit sinkt das Barometer zum dritten Mal in Folge. Die Abwärtsbewegung im Barometer wird in erster Linie durch Indikatorenbündel, welche die Auslandsnachfrage erfassen, verursacht. Hier trüben sich die Aussichten weiter ein. Auch die Indikatoren, die den privaten Konsum sowie den Wirtschaftsbereich übrige Dienstleistungen erfassen, geben ein leicht negatives Signal. Die Indikatoren für das Verarbeitende Gewerbe und das Baugewerbe weisen dagegen leicht in eine positive Richtung.

Im Produzierenden Gewerbe (Verarbeitendes Gewerbe und Bau) zeigt sich ein überwiegend positives Bild. Die stärksten positiven Treiber sind Indikatoren zur Beurteilung des Lagers, gefolgt von Indikatoren, welche die Beschäftigungsaussichten erfassen. Ebenfalls deuten Indikatoren, welche die Geschäftslage sowie Indikatoren, welche die Auftragslage erfassen in eine positive Richtung. Ein leichtes negatives Signal senden hingegen Indikatoren, welche die Aussichten in der Produktion erfassen.

Im Verarbeitenden Gewerbe senden Indikatoren der Elektroindustrie das stärkste positive Signal. Indikatorenbündel für den Wirtschaftsbereich Maschinen- und Fahrzeugbau sowie für die Chemie- und Pharmaindustrie deuten ebenfalls in eine positive Richtung. Ein negatives Signal senden Indikatoren, welche die Papier- und Druckbranche erfassen.

Ansprechpartner
Philipp Baumann | baumann@kof.ethz.ch

Mehr Informationen zur Interpretation des KOF Konjunkturbarometers finden Sie auf unserer Webseite: https://www.kof.ethz.ch/prognosen-indikatoren/indikatoren/kof-konjunkturbarometer.html/

AGENDA

KOF Veranstaltungen

KOF Research Seminar:
www.kof.ethz.ch/news-und-veranstaltungen/event-calendar-page/kof-research-seminar →

KOF-ETH-UZH International Economic Policy Seminar:
www.kof.ethz.ch/news-und-veranstaltungen/event-calendar-page/kof-eth-uzh-seminar →

Konferenzen/Workshops

Sie finden aktuelle Konferenzen und Workshops unter folgendem Link:
www.kof.ethz.ch/news-und-veranstaltungen/event-calendar-page →

KOF Medienagenda

Hier finden Sie unsere medienrelevanten Termine:
www.kof.ethz.ch/news-und-veranstaltungen/medien/medienagenda →

KOF Publikationen

Bei uns auf der Webseite finden Sie die vollständige Liste aller KOF Publikationen (KOF Analysen, KOF Working Papers und KOF Studien).
www.kof.ethz.ch/publikationen →



Impressum

Herausgeberin	KOF Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich
Direktor	Prof. Dr. Jan-Egbert Sturm
Redaktion	Dr. Thomas Domjahn, Sina Freiermuth und Wanja Meier
Layout	Vera Degonda, Nicole Koch
Bilder	©KOF – midjourney (Titelbild und Seite 2) ©Created by MVProduction – stock.adobe.com (Seite 12) ©OKSANA KAZYKINA – stock.adobe.com (Seite 16) ©sorapop – stock.adobe.com – KOF (Seite 21)
Postadresse	LEE G 116, Leonhardstrasse 21, 8092 Zürich
Telefon	+41 44 632 42 39
E-Mail	bulletin@kof.ethz.ch
Website	www.kof.ethz.ch

ISSN 1662-4262 | Copyright © ETH Zürich, KOF Konjunkturforschungsstelle, 2023
Weiterveröffentlichung (auch auszugsweise) ist nur mit Bewilligung des Herausgebers und unter Quellenangabe gestattet.

Kundenservice

Das KOF Bulletin ist ein kostenloser Service und informiert Sie monatlich per E-Mail über das Neuste aus der Konjunktur, über unsere Forschung und über wichtige Veranstaltungen.

Anmelden: www.kof.ethz.ch/kof-bulletin →

Für frühere KOF Bulletins besuchen Sie unser Archiv:
www.kof.ethz.ch/news-und-veranstaltungen/news/kof-bulletin/kof-bulletin/archiv-2015-2010.ch →

Besuchen Sie uns unter: www.kof.ethz.ch →

Sie können über den KOF-Datenservice Zeitreihen aus unserer umfangreichen Datenbank beziehen:
www.kof.ethz.ch/datenservice →

Nächster Publikationstermin: 1. September 2023

KOF

ETH Zürich
KOF Konjunkturforschungsstelle
LEE G 116
Leonhardstrasse 21
8092 Zürich

Telefon +41 44 632 42 39
www.kof.ethz.ch
#KOFETH

